

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 1,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Ein Konflikt in der „Vorwärts“-Redaktion. Nachmals zur Geschichte der deutschen Zimmererbewegung.	737	Lohnbewegungen. Lohnbewegungen. — Streiks und Ausperrungen in Deutschland.	748
Gefehgebung und Verwaltung. Die Sonntagsruhe in Belgien. — Aus dem Bericht der Fabrikinspektion des australischen Bundesstaates Victoria. — Der 14. Jahresbericht des Neuseeländer Arbeitsamtes.	740	Arbeitsvermittlung. Die Arbeitsvermittlung in Oesterreich.	749
Wirtschaftliche Rundschau. Statistit und Volkswirtschaft. Industrietatistit des amerikanischen Staates Michigan.	741	Unternehmerfreise. Der Centralverband deutscher Industrieller und der gesetzliche Fehnstundentag. — Zuderbrot. — Billige Arbeitskräfte als Kapitalsanlage.	750
Soziales. Deutsche Heimarbeit-Ausstellung.	742	Kartelle und Sekretariate. Aus den Gewerkschaftskartellen.	751
Arbeiterbewegung. Tatsachen! — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Aus Standinabien. — Von den amerikanischen Gewerkschaften.	743	Ander Organisationsen. Aus den evangelischen Arbeitervereinen.	752
	744	Mitteilungen. Unterstützungs-Bereinigung.	752

### Ein Konflikt in der „Vorwärts“-Redaktion.

Der bedauerliche Konflikt in der „Vorwärts“-Redaktion, der mit der Entfernung von 6 Redakteuren und deren teilweiser Ersetzung durch andere Kräfte endete, hat Begleiterscheinungen gezeitigt, die auch die Gewerkschaftspresse zwingen, sich mit dieser Angelegenheit der politischen Partei zu beschäftigen.

In den ersten Oktobertagen, gänzlich unerwartet nach dem friedlichen Abschluß der bekannten Preßfehde auf dem Jenenser Parteitag, erfuhren die Redakteure des „Vorwärts“, daß Parteivorstand und Preßkommission eine Neugestaltung der Redaktion planen und darüber insgeheim Beratungen pflegen. Entgegen dem bisher üblichen Brauch, zu solchen die Redaktion betreffenden Beratungen auch Vertreter der Redaktion zuzuziehen, hatte man zu den ersten Sitzungen die letztere überhaupt nicht eingeladen und die zu einer Sitzung am 6. Oktober von der Preßkommission eingeladenen Redakteure auf Antrag des Parteivorstandes wiederum nicht zugelassen. In diesen Sitzungen sollte über die Kündigung von Redakteuren beraten und beschlossen werden. Der Parteivorstand schlug vor, den Genossen Büttner und Staliski zu kündigen. Dieselben waren zwar für die politische Haltung des „Vorwärts“ nicht verantwortlich; ihre Ersetzung durch andere Kräfte sollte indes die Gestaltung einer radikalistischeren Mehrheit in der Redaktion ermöglichen. Als Ersatzkräfte waren die Genossen Stadthagen und Fülle auszuwählen; ferner sollte der Genossin Rosa Luxemburg eine gesicherte Mitarbeiterschaft am „Vorwärts“ eingeräumt werden. Die Preßkommission war mit dieser Kündigung nicht einverstanden, sondern verlangte die Entfernung der Genossen Gradnauer und Wecker aus der Redaktion. In dieser Situation beschloß Parteivorstand und Preßkommission, der gesamten „Vorwärts“-Redaktion zu kündigen und die Neubewerbung jedem einzelnen freizustellen.

Sechs der „Vorwärts“-Redakteure, die von diesen Maßnahmen betroffen wurden, legten gegen diesen Ausschluß von den Sitzungen Protest beim Parteivorstande ein, der ihnen antwortete, er könne ein solches Recht auf Zuziehung der Redakteure nicht anerkennen und befände sich durchaus auf dem Boden des Parteistatuts, das dem Vorstand und der Preßkommission die Entscheidung über Anstellung und Entlassung im Personal der Redaktion und Expedition übertrage. Natürlich wird dieses Entscheidungsrecht durch die bisher stets übliche beratende Zuziehung der Redakteure nicht beeinträchtigt.

Nachdem das ausdrückliche Verlangen der Redakteure, an den Beratungen teilzunehmen, abgelehnt wurde und die sechs Redakteure Nachricht von der geplanten Gesamtentlassung der Redaktion erhielten, reichten sie ihre Kündigung zum Austritt am 1. April 1906 ein, die sie tags darauf in einem ausführlichen Schreiben motivierten. Die strenge Geheimhaltung der Vorgänge und Beschlüsse der gegen sie gerichteten Sitzungen trieb sie ferner dazu, diese Kündigung zu veröffentlichen und den Parteigenossen im „Vorwärts“ Aufklärung über ihren Schritt zu geben. Der Parteivorstand berief sofort eine erweiterte Sitzung aller Vertreter von Groß-Berlin ein, in der gegen 8 Stimmen die Kündigung der Redakteure angenommen und als eine Lösung der Krisis begrüßt wurde. Der Aufklärung der sechs Redakteure setzte er zunächst nicht bloß Schweigen gegenüber, sondern verlangte auch von der Parteipresse, dieses Schweigen so lange zu bewahren, bis die Verhältnisse der Redaktion geordnet wären (d. h. bis die kündigenden Redakteure durch andere Kräfte ersetzt seien), ein Gebot, das nur der kleinste Teil dieser Presse befolgte. Die meisten Blätter äußerten in zum Teil sehr scharf zugespitzten Erklärungen ihr Befremden darüber, daß nicht auch der Parteivorstand sofort volle Aufklärung des Sachverhalts gebe.

Ehe diese Aufklärung erfolgte, spitzte sich der Konflikt zur kündigungslösen Entlassung

der Redakteure, vor ihrer Kündigung gehört zu werden, als töricht, naiv und als Ausfluß unjüngstiger Demokratie zurückweist, ist das bitterste Lob, das der Parteileitung jemals zuteil wurde.

Aber es handelte sich bei dem Vorgehen der beteiligten Parteiinstanzen um mehr als die Entlassung Einzelner, — um die Umgestaltung der ganzen Redaktion durch Verschiebung der Redaktionmehrheit und schließlich um die Kündigung aller Redakteure. Hier muß die Nichtziehung der Redakteure geradezu unverständlich erscheinen; sie war geboten nicht allein durch das selbstverständliche Recht der letzteren, bei Kollektivmaßregeln Kollektiv vertreten zu sein, sondern auch durch das weit über Einzelkündigungen hinaus engagierte Gemeinwohl der Partei. Die Pflicht, Kollektivstreitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege durch Anhörung beider Teile entscheiden zu lassen, gilt für das Arbeitsverhältnis innerhalb der modernen Arbeiterbewegung in weit höherem Maße, als gegenüber dem Privatunternehmer. Dem letzteren gegenüber bleiben schließlich Streik und Boykott als Waffe übrig, die selbstverständlich im Arbeitsverhältnis der Partei- und Gewerkschaftsangeestellten als ausgeschlossen gelten. Ja, selbst für die Angestellten und Arbeiter der Genossenschaften, deren Arbeitsverhältnis demjenigen im privaten Betrieb weit näher liegt, ist die schiedsgerichtliche Beilegung oder Erledigung von Kollektivstreitigkeiten zur Pflicht gemacht. Und für eine demokratische Partei im eigenen Betriebe sollte das Recht der Kollektiventlassung ohne jede Einschränkung bestehen? Erwägt man denn nicht, wie verhängnisvoll es auf den Kampf der Gewerkschaften zugunsten der kollektiven Regelung des Arbeitsvertrages zurückwirken muß, wenn derlei Grundsätze vom Vorstand einer Arbeiterpartei proklamiert werden? Darf nicht das Kapitalprozentum jedem Gewerkschaftsvertreter, der von ihm die Anerkennung schiedsgerichtlicher Erledigung solcher Konflikte fordert, ins Gesicht lachen und ihn höhrend auf den Konflikt im sozialdemokratischen Zentralorgan verweisen?

Aber die sechs Redakteure wollten doch nur, weit entfernt, eine schiedsgerichtliche Erledigung ihrer Angelegenheit zu verlangen, gehört werden, wollten sich verteidigen dürfen. Und nicht einmal das wurde ihnen seitens der entscheidenden Instanzen zugebilligt, und nicht einmal dann, als die Massentatung erwogen wurde, jene gewaltsame Art der Lösung, die sonst nur der Klassenkampf hervorbringt! Erst dann, als die Redakteure mit ihrer Kündigung der geplanten Entlassung zuvorkamen, durfte ein Redaktionsvertreter an der Sitzung der entscheidenden Instanzen teilnehmen, und diese Sitzung mußte das Verlangen der Redakteure als berechtigt anerkennen. Es wird jahrelanger Gewerkschaftsarbeit bedürfen, ehe dieser das Ansehen der Arbeiterbewegung schädigende Konflikt überwunden ist, und überwunden kann er nur werden, wenn die Gewerkschaften sich rücksichtslos gegen die vom Parteivorstand einschließlich der Preßkommission beliebte Art der Erledigung erklären.

Auch das Verfahren, durch das diese Instanzen eine Umgestaltung der „Vorwärts“-Redaktion herbeiführen wollten, fordert die schwersten Bedenken heraus. Niemand wird der Vertretung der Gesamtpartei und den Berliner Parteigenossen das Recht

bestreiten, eine Aenderung in der Redaktion herbeizuführen, wenn nicht anders möglich, durch Kündigung des oder der schuldigen Redakteure im geordneten Verfahren. Aber der Parteivorstand wollte nicht den oder diejenigen Redakteure entlassen, die für die angeblich unhaltbaren Zustände im „Vorwärts“ verantwortlich waren, sondern unbetheiligte Redakteure, um dadurch den leitenden Redakteuren eine künstliche Mehrheit gegenüberzustellen, — ein Verfahren, das sich wenig von einer willkürlichen Maßregelung unterscheidet. Ein solches Manöver mag politisch erfolgreich sein, — den Grundsätzen von Gerechtigkeit und Vertrauen entspricht es aber nicht. Und es mußte die von der Kündigung verschonten, für die Haltung des Blattes verantwortlicheren Redakteure geradezu auf den Weg einer Solidaritätskundgebung drängen, schon um den Vorwurf zu vermeiden, sie hätten andere für ihre Handlungen büßen lassen. Ein Privatunternehmer, der einen Streik seines Personals provozieren wollte, hätte kaum ein unfehlbareres Mittel wählen können. Aber selbst dieser Fehler wird noch überboten durch die beschlossene Gesamtentlassung des Redaktionspersonals, die sich in nichts von einer Aussperrung unterscheidet. Denn auch der Unternehmer erwartet, daß die mitausgesperrten Arbeitswilligen sich schon von selbst zur Weiterarbeit melden werden. Durch die gemeinsame Kündigung haben die sechs Redakteure diese unbegreifliche Maßregel verhütet und die Partei vor einer unwürdigen Handlung bewahrt, deren Folgen freilich nicht mehr abzuwenden waren. Der Konflikt verschärfte sich, als die sechs Redakteure sich zwecks Wahrung ihrer Rechte an die Öffentlichkeit wandten, und endete mit ihrer kündigungslosen Entlassung. Man verzichtet auf ihre fernere Tätigkeit, so lautete die Formel, in die man den schlichten Abschied von Vertrauensmännern kleidete, die 13, 10 und 7 Jahre an diesem Posten gestanden hatten. Dann kam das bittere Nachspiel: die Gemahregelten mußten durch andere Kräfte ersetzt werden, die nur unter dem Odium der Unsolidarität, des unkollegialen Verhaltens die freigewordenen Plätze einnehmen konnten. Mag der Gewissenskonflikt den eintretenden Redakteuren schwerer oder leichter gefallen sein, — so kann es doch für die Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, daß das Parteiinteresse Handlungen toleriert, die im gewerkschaftlichen Leben als Streikbruch verurteilt werden. Die demoralisierenden Wirkungen, die solche Vorgänge zeitigen müssen, fordern geradezu den Widerspruch der Gewerkschaften heraus.

Damit ist die gewerkschaftliche Bedeutung des unseligen Konfliktes keineswegs erschöpft. Aber wir würden uns in Einzelheiten verlieren, wollten wir an den einzelnen Sätzen der Denkschrift des Parteivorstandes nachweisen, wie sehr dort die elementarsten gewerkschaftlichen Grundsätze auf den Kopf gestellt werden. Es genügt uns, das Vorgehen des Parteivorstandes und der Preßkommission in seiner gewerkschaftlichen Tragweite gekennzeichnet zu haben; gegenüber der verfehlten Begründung desselben tröstet uns das Bewußtsein, daß derartige Maßregeln sich überhaupt nicht gewerkschaftlich begründen lassen.

Wir resumieren unser Urteil dahingehend: der „Vorwärts“-Konflikt hat an sich mit der Gewerkschaftsbewegung wenig zu tun. Die Art seiner Erledigung indes ist es, die allen gewerkschaft-

der sechs Redakteure zu. Der Parteivorstand wollte das Schweigegebot in erster Linie auf den „Vorwärts“ erstrecken. Die Redakteure glaubten ihrer Parteipflicht zuwider zu handeln, wenn sie Angriffe der bürgerlichen Presse aus diesem Anlaß nicht zurückwiesen, und sie wollten mit Zustimmung der beiden anwesenden Parteivorstandsmitglieder eine Notiz im „Vorwärts“ veröffentlichen, die sich gegen die Verteidigung des Parteivorstandes durch die Stummische „Post“ richtete. Diese Veröffentlichung wurde in letzter Stunde durch zwei Redakteure der Minderheit inhibiert und letzteres danach vom Parteivorstand gerechtfertigt. Zugleich wurde fünf der Redakteure mitgeteilt, daß man auf ihre fernere Tätigkeit verzichte, während man für den sechsten das Zurücktreten in eine Korrektorstelle vorbehielt.

Am 31. Oktober endlich gab der Parteivorstand den Genossen die verlangte Aufklärung. Danach habe nicht der Parteivorstand, sondern die Berliner Pressekommision die Konferenzen über die „Vorwärts“-Reform herbeigeführt. Indes betrachteten Pressekommision und Parteivorstand es als selbstverständlich, daß die Redaktion nicht zu einer Sitzung eingeladen werde, die den Mängeln der Redaktion abhelfen sollte, nachdem seit Jahren alle Mittel in Gemeinschaft mit der Redaktion dem „Vorwärts“ eine andere Haltung zu geben, versagt hätten. „Wie kein Mensch sich in eine Sitzung drängen wird, in der von den zuständigen Organen über eine Gehaltserhöhung für ihn beraten und beschlossen werden soll, so sollte auch keiner das Verlangen aussprechen, um jeden Preis Verhandlungen beizuwohnen, in denen es sich um seine eventuelle Kündigung handelt, weil die über sein Tun und Lassen zur Entscheidung berufenen Organe eine solche möglicherweise für notwendig halten.“

Nach einer Schilderung der Vorgänge, die indes nicht nur in einer Reihe von Punkten von der der sechs Redakteure abweicht, sondern leider auch die so überaus notwendige Veröffentlichung der gesamten Korrespondenz, die aus diesem Anlaß zwischen Redakteuren und Parteivorstand gewechselt wurde, vermischen läßt, wird erklärt, daß nicht der Parteivorstand auf eigene Faust die ganze Angelegenheit eingefädelt habe, sondern daß die Initiative von den Vertretern Groß-Berlins ausging und daß Parteivorstand und Gesamtvertretung von Groß-Berlin die Verantwortung der Partei gegenüber übernehmen. Dann wird darauf hingewiesen, daß das geübte Verfahren streng innerhalb der Vorschriften des Parteistatuts bleibe, und die Behauptung der sechs Redakteure, es stehe im Widerspruch mit der bisherigen Praxis im „Vorwärts“, als unwahr bezeichnet. „Wir stellen zunächst fest, daß die Frage einer gründlichen Umgestaltung in der Zusammensetzung der Redaktion zwecks einer prinzipienfesteren Haltung des „Vorwärts“ bisher nicht ein einziges Mal bestanden hat.“ (Das gleiche behaupten auch die sechs Redakteure und begründen damit ihren Widerspruch gegen die Behauptung, daß alle früheren Mittel, dem „Vorwärts“ eine veränderte Haltung zu geben, versagt hätten.) Der bisherige Gebrauch, die Redaktion bei Vorgängen, bei welchen sie als ein Auskunft oder Anregung gebendes Organ zugezogen werde, solle auch künftig nicht geändert werden. Damit habe aber der in Frage stehende Vorfall der Kündigung der Redakteure nichts zu tun. Zum Schluß wird die Umgestaltung der Redaktion noch damit begründet, daß auch das persönliche Verhältnis der Redakteure un-

erträglich geworden sei. Dieser Zustand sei als unhaltbar von den Redakteuren selbst empfunden worden; nur habe die Mehrheit erwartet, daß die Minderheit gehen werde.

\* \* \*

Soweit in knappen Worten der Tatbestand, dem wir ergänzend hinzufügen, daß ein Antrag der Genossen v. Elm und Frohme, die Reichstagsfraktion zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, vom Fraktionsvorstand abgelehnt wurde, sowie daß der Verein „Arbeiterpresse“ sich dieser Angelegenheit angenommen hat.

Soweit die Vorgänge lediglich innere Parteiverhältnisse betreffen, ist es nicht unsere Aufgabe, uns in diese Auseinandersetzungen hineinzumischen. Der Streit zwischen der ökonomisch-historischen und der ethisch-ästhetischen Richtung ist ebenfowenig wie der der Radikalen und Revisionisten eine Angelegenheit der Gewerkschaften. Es ist Sache jedes Parteigenossen selbst, in diesen Auseinandersetzungen Stellung zu nehmen. Auch der soziale Konflikt, in den die sechs Genossen als Angestellte der Partei gedrängt wurden, berührt die Gewerkschaften nur mittelbar. Das Verhältnis der Angestellten der modernen Arbeiterbewegung ist ein anderes, als das zwischen Lohnarbeiter und Kapitalist, — soll es wenigstens sein. Diese Angestellten dienen nicht der kapitalistischen Profiterzeugung, sondern dem Gemeinwohl der Partei bzw. der Gewerkschaften. Sie stehen sonach nicht in einem Klassengegensatz zu ihren Arbeitgebern, sondern in einem besonderen Vertrauensverhältnis als Beauftragte ihrer Genossen und Organisationen. Daraus ergibt sich naturgemäß, daß die Anstellung und Entlassung solcher Kräfte sich nach anderen Maximen vollzieht, als in bürgerlichen Unternehmungen. Das Vertrauen der Genossen ist in erster Linie der Rechtsboden solcher Stellungen; wo dieses fehlt, da tritt der Betreffende zurück oder wird seiner Stellung entkleidet. Dazu kommt selbstverständlich die soziale Pflicht, für den Genossen, dessen Arbeitskraft im Dienste der Gesamtheit aufgebraucht wurde, auch für den Rest seiner Tage zu sorgen.

Aber eben weil die Angestellten der Arbeiterbewegung Vertrauenspersonen sind, darf umfomehr verlangt werden, daß man auch ihren Rat hört und daß man ihnen dieses Vertrauen nicht kurzerhand entzieht, ohne sie zu hören und ohne ihnen Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben. Wenn wir selbst vom Privatunternehmer verlangen, daß er den einzelnen Arbeiter nicht entläßt, ohne ihn zu hören und ohne seiner Vertretung, seien es Arbeiterausschuß oder Gewerkschaft, das Recht der Beratung und Mitentscheidung zu geben, so muß ein solches Recht der Angestellten der Arbeiterbewegung in weit höherem Maße gelten. Der Redakteur, der entlassen werden soll, muß zuvor gehört werden, sonst hätte er niemals das Vertrauen verdient, das ihn zu seinem Posten berief. Das ist so völlig selbstverständlich, daß kein Mensch daran gedacht hätte, es noch besonders im Parteistatut — ausgerechnet im Statut einer demokratischen Partei zu erwähnen, wie auch niemand im Ernst daran gedacht hätte, dieses Recht zu bestreiten. Der Parteivorstand, der letzteres unternimmt, hat denn auch lediglich bei der Scharfmacherpresse Beifall gefunden, die dem Unternehmer das absolute Recht des „Herrn im Hause“, seine Arbeitskräfte nach Belieben einzustellen und zu entlassen, wahr. Daß die Stummische „Post“ das Verlangen

es zum Beispiel in Nr. 44: „Im Gegensatz zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ließen es sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei (Eisenacher Richtung) und ihr Organ, der „Volkstaat“, angelegen sein, die Gewerkschaftsorganisation zu fördern, sie mit Rat für ihre Ausgestaltung und Kräftigung zu unterstützen.“ Der Artikelschreiber des „Grundstein“ ist also bei seiner historischen Würdigung der Frage zu dem direkten Gegenteil der Bringmannschen Auffassung gelangt.

Meinerseits auf diese Streitfrage noch tiefer einzugehen, scheint mir kein Anlaß vorzuliegen. Denn ich vertrete die Meinung, daß die Gewerkschaften von der „Förderung“, die ihnen von jeder der Parteirichtungen zuteil geworden ist, überhaupt nicht gar viel profitiert haben. Im Gegenteil ist ihnen manches Mal von Parteiseite auch manche Schwierigkeit bereitet worden, und man kann ruhig sagen, daß, wenn nicht die eigenen Kräfte der Gewerkschaften selber sie vorwärts gebracht hätten, diese gewiß nicht zu ihrer heutigen Entwicklung und Machtstellung gelangt sein würden.

Was dann Genosse Bringmann über die „Neutralitätsfrage“ im Schlußsatz seiner Antikritik schreibt, ist mir nicht ganz klar geworden. Er scheint es mir zu verübeln, daß ich hierzu nicht auch meine Stellung präzisiert habe. Den Grund, warum ich auf diesen Teil des Vorwortes — wohlgerne, es handelt sich um das Vorwort, nicht um den eigentlichen Inhalt des Buches, das ich zu besprechen hatte — nicht ausführlicher eingegangen bin, habe ich doch aber in meiner Besprechung angegeben. Nicht zuletzt war es der Umstand, daß Bringmann seine Ausführungen nur als vorläufige bezeichnet hat; er will in einem späteren Band darauf zurückkommen. Im übrigen stimme ich Bringmann durchaus bei, daß gerade die Gegenwart dazu drängt, in Ansehung der neueren Vorgänge in der deutschen Arbeiterbewegung zur Neutralitätsfrage und was dazu gehört, Stellung zu nehmen. Das aber ist nicht in erster Linie meine, sondern Aufgabe der Gewerkschaftsredakteure. Neben vielen anderen Anlässen bietet auch der Parteitag in Jena Stoff genug für unsere Gewerkschaftspressen. Wenn aber ein Teil derselben nach Jena nichts mehr zu sagen weiß, so möchte ich nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Mögen in erster Linie diejenigen, welche vermöge ihres Amtes und Auftrages hierzu bestimmt sind, dafür sorgen, daß in die gegenwärtige große Verwirrung einmal wieder Licht und Klarheit kommt. Wir anderen wollen es im Rahmen unserer Funktionen und soweit es unsere leider gar so knappe Zeit sonst noch gestattet, an der Mithilfe nicht fehlen lassen.

Theodor Leipart.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Die Sonntagsruhe in Belgien.

Ein unter dem 17. Juli l. J. veröffentlichtes Gesetz regelt die Sonntagsruhe in den industriellen und Handelsbetrieben in Belgien; die wichtigsten Bestimmungen desselben sind in folgendem auszugsweise wiedergegeben.

Nach diesem Gesetze, dessen Wirksamkeit sich auf Schiffsfahrts-, Fischerei- und forstwirtschaftliche Betriebe nicht erstreckt, dürfen andere Personen als die bei dem Betriebsinhaber wohnenden Familienmitglieder, seine Dienstboten oder Hausleute am Sonntag nicht beschäftigt werden. Ausnahmen von dieser Bestimmung sind zulässig im Falle einer vis major,

behufs Ueberwachung des Betriebes, bei Reinigungsarbeiten, Reparaturen und dergleichen und bei Arbeiten zwecks Verhinderung des Verderbens von Rohmaterialien oder Produkten. In gewissen Nahrungsmittelgewerben, in Lebensmittelgeschäften, Hotels und Gastwirtschaften, Tabak- und Blumenengeschäften, Apotheken, Drogerien und Verschleißigen von medizinischen Instrumenten, öffentlichen Bädern, Zeitungsunternehmungen, Betrieben zur Kraftlieferung und Beleuchtung, Transportunternehmungen und in Unternehmungen überhaupt, in denen die Arbeit ihrer Natur nach keine Unterbrechung erleiden kann, haben die Angestellten nur auf einen Ruhetag für 14 Tage oder auf eine halbtägige Arbeitsruhe Anspruch. An Halbruhetagen darf die Arbeitszeit fünf Stunden nicht überschreiten. Bei besonderen Gewerben, zum Beispiel Saisonindustrien, darf nach eingeholter königlicher Bewilligung vom wöchentlichen Ruhetage zwölfmal im Jahre abgesehen werden. Die Angestellten im Friseurgewerbe und in den Detailgeschäften dürfen Sonntags nur von 8 Uhr früh bis mittags beschäftigt werden; für bestimmte Gemeinden sind Ausnahmen zugelassen, doch darf die Sonntagsarbeit nicht für mehr als 6 Wochen jährlich verlängert werden.

Das Gesetz tritt im Jahre nach seiner Veröffentlichung in Kraft.

Aus dem Bericht der Fabrikinspektion des australischen Bundesstaats Victoria geht hervor, daß im Jahre 1904 dem Fabrikgesetz 4436 Betriebe unterstanden, gegen 4325 im Vorjahre. Die Zahl der Arbeiter stieg von 57 767 auf 61 977. Zum Zweck der Festsetzung der Minimallohne bestanden 38 Lohnämter; sie wurden im Berichtsjahre nicht vermehrt. Ueberzeitbewilligungen wurden in 275 Fällen für 8261 weibliche Personen und 455 Knaben erteilt. Diesen Arbeiterkategorien muß für die Ueberzeit ein 50prozentiger Aufschlag auf den regelmäßigen Lohn und ein „Teegeld“ von 6 Penny (50 Pf.) pro Tag gewährt werden. — Von den 189 Betriebsunfällen, welche im Staat Victoria im Jahre 1904 vorkamen, verliefen 6 tödlich. Mißachtung der Fabrikgesetze wurde nur in wenigen Betrieben angetroffen, was eine Folge der entsprechenden Ueberwachung und des Einflusses kräftiger Gewerkschaften ist. S. J.

Der 14. Jahresbericht des Neuseeländer Arbeitsamtes (für 1904/05) zeigt von der weiteren befriedigenden Entwicklung dieser Kolonie, von der vielfach behauptet wurde, daß ihre staatssozialistischen Einrichtungen den wirtschaftlichen Fortschritt hemmen. Die Beschäftigungsverhältnisse waren wohl nicht in allen Gewerben und in allen Teilen des Landes gleich gut; eine besondere Notlage trat aber nirgends zutage und trotz der relativ bedeutenden Einwanderung während der letzten fünf Jahre war Gelegenheit genug f. c. alle, sich Erwerb zu schaffen. Die Tendenz, statt der früheren Holzhäuser Gebäude aus Stein zu errichten, kommt einigen Kategorien der Bauarbeiter zugute. In der Möbelindustrie haben sich die Verhältnisse seit Anfang 1905 etwas ungünstiger gestaltet, und die Metallindustrie läßt in ihrer Entwicklung zu wünschen übrig. Die Lage in den Bekleidungsindustrien ist im Vergleich zu früheren Jahren gebessert. In den meisten Gewerben ist keine weitreichende Aenderung vorgekommen.

Die Zahl der vom Arbeitsamt unterstützten Beschäftigungslosen betrug im Jahre 1904/05 zusammen 3130; davon erhielten Arbeit: bei Regierungsarbeiten 1170, bei privaten Unternehmungen 1960. Von den Arbeitslosen, welchen Beschäftigung zugewiesen wurde, waren 2177 ledige Personen. Von 1893 bis 1900

lichen Anschauungen ins Gesicht schlägt; sie ist geeignet, den Widerstand des kapitalistischen Herrtums moralisch zu stärken und unserem Ringen für volle Gleichberechtigung im Arbeitsverhältnis den Ernst der inneren Wahrheit zu rauben. Um unserer ehrlichen Ueberzeugung willen, für einen gerechten Anspruch der Arbeiterklasse zu kämpfen, müssen wir dagegen Einspruch erheben, daß die den Gewerkschaften eng befreundete Arbeiterpartei ihre Angestellten gegenüber unseren Forderungen an die bürgerliche Gesellschaft als minderen Rechtes behandelt. Wir anerkennen, daß die Anstellungsverhältnisse innerhalb der modernen Arbeiterbewegung nicht lediglich nach Grundsätzen zu bemessen sind, die gegenüber dem kapitalistischen Unternehmertum gelten. Wir dürfen aber mit Recht verlangen, daß diese Angestellten nicht in einer Weise behandelt werden, die diesen Grundsätzen schnurstracks zuwiderläuft und den Hohn unserer Gegner geradezu herausfordert. Unsere Anstellungsverhältnisse sollen für die bürgerliche Gesellschaft in jeder Beziehung musterhaft sein, mag es sich um den einfachsten Arbeiter oder um den ersten Angestellten handeln!

### Nochmals zur „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“.

Genosse Bringmann schreibt in seiner Antikritik in voriger Nummer, er „hätte erwartet“, daß ich zu der Frage, ob die Gewerkschaftsbewegung der sechziger und siebziger Jahre bei der Eisenacher Parteirichtung oder bei den Lassalleanern stärkere Förderung erfahren habe, erst einmal angeführt hätte, was er gesagt resp. geschrieben habe, bevor ich beschrieb, wie ich und andere über diese Streitfrage denken. Darin liegt ein Vorwurf gegen meine Objektivität, den ich zurückweisen muß. Denn ich habe in meiner Besprechung seines Buches referierend wiedergegeben, was Bringmann zu der Frage geschrieben hat, und zwar in dem Satz: „daß er durch eingehende und nur nach der Wahrheit strebende Studien zu seiner im ersten Band dargestellten Auffassung gelangt sei, welche dahin geht, daß tatsächlich die gewerkschaftliche Bewegung bei den Lassalleanern stärkere Förderung gefunden habe als bei den Eisenachern und den Anhängern von Bebel und Liebknecht“. Daß ich hiermit seine Auffassung richtig wiedergegeben habe, beweisen Bringmanns eigene Zitate, die er zur Vervollständigung meiner Besprechung in seiner Antikritik abdruckt. Aber mehr beweisen sie nach meiner Meinung nicht, so daß es kein Vorwurf gegen mich sein kann, wenn ich davon abgesehen habe — was ich übrigens in Rücksicht auf den Umfang meiner Besprechung tun mußte — sie in dieselbe aufzunehmen. Und was die Meinung „anderer“ betrifft, die ich gegen Bringmanns Auffassung von der Frage angeführt habe, so liegen die Dinge so, daß ich auch in diesem Punkt nur über Bringmanns eigene Auseinandersetzung mit jenen „anderen“, nämlich Mehring, Kampffmeyer usw., referiert habe. Bringmann hat nämlich deren gegen seine Auffassung gerichteten Meinungsäußerungen in seinem Buche abgedruckt und dagegen von seinem Standpunkt polemisiert. Zu dieser Polemik habe ich allerdings mir erlaubt, meinerseits einiges hinzuzufügen, womit ich aber nach meiner Meinung die Aufgaben einer Buchbesprechung nicht überschritten habe. Auch bin ich dabei loyal genug verfahren, denn ich habe zugegeben:

„Es mag sein, daß in dieser Frage noch keine völlige Aufklärung geschaffen ist.“

Nun sagt Bringmann in Erwiderung auf meine eigenen Ausführungen, es sei „nicht ganz korrekt“, daß Theodor York, der Gründer und Leiter der Holzarbeiter-Gewerkschaft, als Eisenacher bekannt gewesen sei usw. Zum Beweise dessen führt Bringmann aus, daß York bis zum Sommer 1869 Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gewesen sei. „Erst im Sommer 1869 trat York mit anderen aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein aus und erst im Herbst 1869 wurde die sozialdemokratische Arbeiterpartei Eisenacher Richtung gegründet. Um diese Zeit war, wie Bebel berichtet, die Holzarbeiter-Gewerkschaft dieser Richtung erst ihrer Gründung nahe.“

Was beweist nun eigentlich dieser Satz? Nichts weiter, als daß York der Eisenacher Partei nicht früher angehörte, als bis sie gegründet war. Daß York vor der Parteigründung enragierter „Lassalleaner“ gewesen sei und sich plötzlich gemauert habe, wird Bringmann nicht behaupten wollen. Seine eigene Feststellung, daß York schon im Sommer 1869 aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ausgetreten ist, während die Gründung der Eisenacher Partei erst im darauffolgenden Herbst erfolgte, würde ja auch dagegen sprechen.

Wenn Bebel berichtet hat, daß zur Zeit der Parteigründung, also im Herbst 1869, die Holzarbeiter-Gewerkschaft „erst ihrer Konstituierung nahe“ gewesen sei, so ist das wohl ein Irrtum. In Wirklichkeit hat die Holzarbeiter-Gewerkschaft bereits im Mai 1869 in Kassel ihre erste Generalversammlung abgehalten und zählte zur Zeit derselben schon 43 Mitgliedschaften mit circa 1500 Mitgliedern. Hätte Bebel recht berichtet, so würde übrigens Bringmann ja mit dieser Anführung nur bewiesen haben, daß York tatsächlich bei der Konstituierung der Holzarbeiter-Gewerkschaft schon „Eisenacher“ gewesen ist, während er doch eigentlich das Gegenteil beweisen wollte.

Dann bestreitet Bringmann auch die Richtigkeit meiner Darstellung, daß der im Jahre 1872 gegründete Allgemeine Tischler-(Schreiner-)Verein als eine Konkurrenzorganisation der Lassalleaner gegen die Yorksche Holzarbeiter-Gewerkschaft gegründet worden sei. Was er aber zur Entkräftung meiner Darstellung anführt: „Auf Grund der mir bis jetzt bekannten Urkunden ergibt sich vielmehr, daß es sich in dem Allgemeinen Tischlerverein um eine Zusammensetzung der organisierten Tischler Lassalleischer Parteirichtung gehandelt hat“, ist doch wiederum nur eine Bestätigung meiner Darstellung. Ich hatte ja nichts weiter angeführt, als daß die Gründer des Allgemeinen Tischler-(Schreiner-)Vereins Lassalleaner waren und daß die Gründung erst erfolgte, als die zur Eisenacher Richtung zählende Holzarbeiter-Gewerkschaft schon vier Jahre bestanden hatte. Weiter konnte ich auf die Geschichte der Holzarbeiterbewegung unmöglich eingehen, da ich ja nicht diese, sondern Bringmanns Geschichte der Zimmererbewegung zu besprechen hatte.

Um nochmals auf die Hauptfrage zurückzukommen, so möchte ich zum Beweise dafür, daß Bringmanns Einschätzung der Lassalleaner als die besonderen Gewerkschaftsfreunde noch von anderen nicht geteilt wird, auf eine gerade jetzt im „Grundstein“ erscheinende Artikelserie über „Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaft in historischer und kritischer Beleuchtung“ verweisen. Darin heißt

so daß in diesem Jahre folgende Zinssätze sich ergaben:

seit dem 25. Februar	3 Prozent
" " 11. September	4 "
" " 3. Oktober	5 "
" " 4. November	5 1/2 "

Ferner macht man einschränkend geltend, daß viele Exportzweige augenblicklich nur deshalb angespannt tätig sind, weil in fast allen Absatzländern vom 1. März 1906 ab höhere Zollsätze zur Anwendung kommen, und weil man natürlich möglichst viel Waren noch unter der niedrigeren Verzollung über die (österreichische, schweizerische, belgische, russische . . .) Grenze zu bringen sucht. Entsprechend weniger wird man alsdann nach dem 1. März 1906 ausführen. Bei der McKinleybill von 1890 machten die deutschen Arbeiter bekanntlich sehr fühlbar die ähnliche Erfahrung: vorher trieb man bei uns die Produktion nochmals fieberhaft empor, bis alle amerikanischen Lager überfüllt waren; nachher gingen die Lieferungen doppelt zurück. Wie weit beruht die heutige Mehrproduktion auf solchen vergänglichen Berechnungen; wie weit muß also ein Rückschlag im nächsten Frühjahr eintreten? Für einzelne Industrien stößt man hier auf recht pessimistische Anschauungen, die wir jedoch für übertrieben halten.

Eine dritte dunkle Wolke bildet die russische Entwicklung. Tage- und wochenlang hat der Landverkehr nach und von Rußland, selbst der postalische Nachrichtenverkehr, nicht nur der Warentransport, vollständig verfaßt; der Schiffsverkehr geriet teilweise ins Stocken. Hat hier das deutsche Produktivkapital, soweit es für den Export in Frage kommt, hat der deutsch-russische Handel in Zukunft mit zunehmender Beruhigung oder mit zunehmender Zerrüttung zu rechnen? Die gleiche Frage quält andere Länder. Wie ein Alp lastet sie jedoch zeitweise auf der internationalen Großfinanz und ihrem, oft recht Kleinbürgerlichen Gesolge: wenn Rußland ungewollt dem Staatsbankrott verfällt, oder wenn eine neue Ära die Schulden des alten Absolutismus vollbewußt nicht anerkennt, so sind Milliarden französischen, holländischen, deutschen Rentenbesitzes verloren, und die Pleiten auf dem einen kapitalistischen Gebiet müßten sich natürlich nach den verschiedensten Seiten, auch in den Kreis der Produktion, fortpflanzen — ganz abgesehen davon, daß es für andere Länder von eminentester Wichtigkeit ist, ob die Kaufkraft der russischen Bevölkerung für fremde Industriewaren und die russische Lieferfähigkeit für billige Lebensmittel aufwärts oder niederwärts geht. Hier tappt unsere Geschäftswelt vollkommen im Dunkeln. Am 27. Oktober erlebte die Berliner Börse, auf Grund der Aufstands- und Ausstandsnachrichten, eine förmliche Panik. Die russische Bank für auswärtigen Handel notierte fast 9 Proz. unter dem vortägigen Kurs, die russischen Staatsanleihen bis zu 4 Proz. tiefer. Fast alle anderen Werte wurden in diesen Strudel hineingerissen; die ersten Banken hatten an dem einen Börsentage einen Kursfall von 3 bis 4 Proz. zu verzeichnen, führende Spekulationswerte des Industrieaktienmarktes Abschlüge bis zu 7 Proz. Der, auch aus allgemeinen Rücksichten auf die Geldknappheit vielbefohlene Plan der neuen internationalen Russenanleihe von 1800 Millionen Frank war damit, auf absehbare Zeit, als gescheitert anzusehen. Aber schon am 31. Oktober wurde das Verfassungsmantel des Zaren mit einer stürmischen

Aufwärtsbewegung der Kurse beantwortet; so gewannen die Aktien der erwähnten russischen Bank für auswärtigen Handel an dem einen Tage wieder 10 Proz., die 4prozentige russische Anleihe von 1902 wieder 3,70 Proz.

Mit solchen ungünstigen und unsicheren Faktoren werden wir weiter rechnen müssen. Und was speziell Rußland anbelangt, so ist eine Rückwirkung auf den Weltmarkt heute schon unbestreitbar: das Ausbleiben des russischen Getreides hat, in Verbindung mit ungünstigen amtlichen Berichten über den Fortgang der deutschen Feldbestellung und Winterausfaat, Ende Oktober die Kornpreise rasch emporgetrieben, so daß wir zu den hohen Fleischpreisen mehr und mehr hohe Brodpreise erhalten. Am 25. Oktober notierten am Berliner Markt 1000 Kilogramm:

	Weizen	Roggen	Hafer	Rais
1905	180	169	151	131 Mt.
1904	178	138	137	119 "
1903	159	131	126	113 "
1902	153	142	139	131 "
1901	161	137	140	128 "

Berlin, 5. November 1905. R a r S c h i p p e l.

### Statistik und Volkswirtschaft.

**Industriestatistik des amerikanischen Staates Michigan.** Im Unionstaat Michigan wurde im vorigen Jahr eine Industriezählung durchgeführt, die deshalb beachtenswert ist, weil sie beweist, daß auch von 1900 bis 1904 der wirtschaftliche Fortschritt ein sehr rascher war. Die industriellen Unternehmungen vermehrten sich wohl nur um 38 oder 0,5%; sie beschäftigten aber um 33 765 (23,9%) Arbeiter mehr als 1900; der Produktwert stieg von 318 Millionen Dollar auf 429 Millionen Dollar (34,8%). Es wird damit wieder bestätigt, daß die Produktivität der Industrie merklich rascher steigt als die Zahl der Arbeiter; die Zunahme der Frauen und Kinder war ebenfalls bedeutender als die der erwachsenen männlichen Arbeiter; es waren beschäftigt:

	1904	1900	Zunahme in %
Erwachsene männl. Arbeiter	147 676	119 940	23,1
" Arbeiterinnen	24 270	19 002	27,7
Kinder unter 16 Jahren	3 283	2 522	30,2
Angestellte	17 235	13 063	31,9

In den Städten allein, wo die Zahl der Arbeiter um 25,5% stieg, nahm die Kinderarbeit um 48,6% zu. Der auf eine Person entfallende Durchschnittslohn betrug

	1904	1900
Arbeiter	464 Dollar	405 Dollar
Angestellte	1014 "	926 "

Diese Durchschnittszahlen berechtigen zwar zu keinem Schluß auf die tatsächliche Höhe der Löhne irgend einer Arbeiterkategorie, aber sie können als Beweis dafür gelten, daß eine Besserung in den Lohnverhältnissen eintrat; ob dies für alle oder auch nur die meisten anderen Staaten der Union ebenfalls zutrifft, muß noch bezweifelt werden; hierüber wird die heutige allgemeine Industriezählung Auskunft geben. Die Gruppierung der Betriebe nach der Arbeiterzahl wurde nicht vorgenommen; doch erfolgt ihre Einteilung entsprechend dem Wert der erzeugten Produkte. Von der Gesamtproduktion aller 7 446 Betriebe kamen nur 7,1% auf solche mit je 500 bis 20 000 Dollars jährlichem Produktwert; 17,7% auf Betriebe mit je 20 000 bis 100 000 Dollar; 51,9% auf 808 Betriebe

sind hingegen die Verheirateten stärker vertreten gewesen.

Die Zahl der Fabrikarbeiter stieg von 63 968 auf 67 713. Verstöße gegen das Fabrikgesetz kamen nur selten vor, und sie waren nicht schwerer Natur. — In den vier Industriezentren Auckland, Wellington, Christchurch und Dunedin wurde von 3301 Männern sowie von 6479 Frauen und Kindern Ueberzeit gearbeitet; es ist also nur ein geringer Prozentsatz der Industriearbeiter während eines Teiles des Jahres länger als acht Stunden im Tag tätig. Ein neues Laden- und Bureaugesetz trat 1904 in Geltung; seine Bestimmungen haben sich bewährt, soweit das bis jetzt zu beurteilen möglich ist. Es wird aber hervorgehoben, daß unter dem Zwang, die Verkaufsgeschäfte um 6 Uhr abends zu schließen, besonders die kleinen Ladenbesitzer leiden.

Der Arbeitssekretär verweist auf die steigenden Wohnungsmieten, die in den Städten 24—33 Proz. des Arbeitslohnes erfordern; auch die Lebensmittelpreise sind gestiegen. Um hier abzuhelfen, wird ein staatliches Eingreifen in die Gestaltung des Wohnungsmarktes empfohlen.

Das gewerbliche Zwangsschiedsgericht hat in 26 Fällen die Arbeitsbedingungen festgesetzt, in 33 Fällen frühere Entscheidungen ausgelegt und in 389 Fällen die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen erzwungen. Die Einigungsämter haben in 39 Streitfällen eingegriffen; 15 Tarifverträge wurden ohne Eingreifen des Schiedsgerichtes abgeschlossen.

Die Fortschritte der Arbeiterorganisationen sind nicht besonders große gewesen; es wurden 24 Vereine mit 783 Mitgliedern neu gegründet und am Schluß des Berichtsjahres existierten insgesamt 279 Vereine mit 29 754 Mitgliedern, gegen 27 700 im Vorjahre. In den gelehrten Berufen ist der Prozentsatz der Organisierten meist hoch, besonders wenn die männlichen Arbeiter allein in Betracht gezogen werden. — In Zukunft sollen die Arbeits- und Gewerkschaftsräte (Gewerkschaftskartelle) das Vertretungsrecht vor dem Schiedsgericht und den Einigungsämtern erhalten; bisher steht dieses nur den einzelnen Vereinen zu.

Die Ausgaben des Arbeitsamtes von Neuseeland beliefen sich pro 1904/05 auf 10 840 Pfund Sterling (à 20 Mk.); hiervon kamen auf das Schiedsgericht und die Einigungsämter 3284 Pfund Sterling, auf die Durchführung des Fabrikgesetzes usw. 2588 Pfund Sterling, auf Gehälter 4566 Pfund Sterling; der Rest entfiel auf noch nicht zurückgezahlte Fahrgeldvorschuße bei der Arbeitervermittlung, auf Auslagen für Beköstigung und Unterkunft von Arbeitern, denen Beschäftigung verschafft wurde usw. F.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die internationale Prosperität — Die weniger günstigen Faktoren: abermalige Diskonterhöhung, künstliche Exportsteigerung vor dem 1. März 1906, die russische Entwicklung — Höhere Kornpreise.

Zuversicht auf fortschreitenden Aufschwung und Mißtrauen in die Festigkeit des bereits Erreichten mischen sich fortgesetzt in seltsamer und seltener Weise.

Nicht nur die unbestimmten Anzeichen, sondern die schlagenden Beweise der Prosperität sind zweifellos unverkennbar. Wir legten bereits dar, wie die deutsche Kohlen- und Eisen-Produktionsstatistik Rekordziffern verzeichnet. Aus der Maschinenbranche wird vielfach berichtet, daß sie wegen Ueberhäufung

mit Aufträgen die Lieferfristen nicht einhalten kann. Die Elektroindustrie kann, nach einer neueren sachmännischen Beurteilung, an Ordres haben, soviel sie will. Die Schiffsbauaufträge wachsen zusehends, noch vor der Flottenvorlage. Die Eisenbahnen haben alle bisher bekannten Verkehrshöhen weit überschritten. Sogar Zweige, die unter maßloser Uebergründung und Uebererzeugung in den letzten Jahren in so heilloser Verwirrung gerieten, wie die Zementherzeugung — heute eine Grundlage aller Tief- und Hoch-, Land- und Wasserbauten —, erholen sich in den Preisen und gelangen zu der immer wieder gescheiterten Verständigung, weil die Voraussetzungen für die kopflose gegenseitige Unterbietung mit dem flotteren Absatz hinweggefallen sind. Die Banken, die schon wieder Erhöhungen des eigenen Kapitals vornehmen (die Deutsche Bank um nicht weniger wie 20 Millionen Mark), können den Ansprüchen der Geschäftswelt für Neuschöpfungen, Geschäftserweiterungen und laufenden Betrieb kaum nachkommen.

Diese Strömung kehrt in allen westlicheren Ländern, in Belgien, der Schweiz, in Italien, Frankreich, wenn auch in verschiedener Stärke, wieder. Selbst das altersschwache, mit zahllosen Gebrechen geschlagene Oesterreich erfährt wirtschaftlich seinen Aufschwung.

Außer in Deutschland scheint er am lebhaftesten in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo wiederum der Eisenmarkt im Mittelpunkte der fast allgemein sich ausbreitenden Prosperität steht. Alle großen Stahlkompagnien „arbeiten“ mit dem Aufwand aller Kraft; neue Hochofenbauten haben begonnen — und in Amerika baut man, um die teure Menschenkraft auszuschalten und alle Arbeit möglichst mechanisch vollziehen zu lassen, im Durchschnitt Anlagen von 600 Tonnen Tagesleistung, so daß jedes in Gang gesetzte Werk eine erstaunliche Produktionsvermehrung darstellt.\* In dem letzten uns zugegangenen New Yorker Arbeits-Bulletin wird festgestellt, daß die wirtschaftliche Hebung Mitte des Jahres 1904 eingesetzt habe und seitdem ununterbrochen an Kraft gewachsen sei, „so daß heute (im September) weniger Arbeitslose vorhanden sind als selbst 1902, dem günstigsten Jahr des ganzen Jahrzehnts“. Parallel läuft, wie der Bericht weiter ergibt, die Zunahme der Gewerkschaften an Mitgliedern, ferner die wachsende Anziehungskraft des amerikanischen Arbeitsmarktes nach außen hin: die Einwanderung überflutet abermals alle geschlechtlich-künstlich geschaffenen Dämme.

Aber die Freude ist keine unbegrenzte. In allen Ländern haben wir Diskontsätze, die für die Anfangsperiode eines Aufschwunges außergewöhnlich hoch sind und die für viele geschäftliche Dispositionen einen schweren Stein des Anstoßes bilden, weil von der Leichtflüchtigkeit und bequemen Heranziehbarkeit des fremden, in erster Linie in den Banken konzentrierten Leihkapitals tausendfach der geschäftliche Erfolg und die vorwärtstreibende geschäftliche Unternehmungslust weitester kapitalistischer Kreise abhängt. Unsere Leser kennen die bisherige Entwicklung bereits; statt einer Milde rung ist zuletzt eine Verschärfung eingetreten: die Deutsche Reichsbank hat am 4. November ihren Diskont abermals um ½ Prozent (von 5 auf 5½ Prozent) gesteigert,

\* Eine gewisse Vermehrung der amerikanischen Hochofen bildet allerdings nur den Ausgleich für den fortgeschreitenden Uebergang zu Erzen von geringerem Eisengehalt (früher durchschnittlich 75, heute 55—60 Prozent).

Jahrfünft haben die deutschen Gewerkschaften 2583 Angriffsstreiks mit 277 388 Beteiligten und 2433 Abwehrstreiks mit 93 054 Beteiligten geführt, während die Zahl der Aussperrungen 331 mit 107 046 Beteiligten betrug. 5347 Kämpfe mit 477 488 Beteiligten, die Hälfte aller Mitglieder in fünf Jahren überwiegend ungünstiger Konjunktur, und die Mehrzahl der letzteren an Angriffsstreiks beteiligt! Außerdem haben allein im Jahre 1904 249 382 Arbeiter an Lohnbewegungen teilgenommen, die ohne Streik endeten. Für die Vorjahre fehlt es hierfür an einer Statistik. So viel ist indes gewiß, daß diese friedlichen Lohnbewegungen an Umfang die Kämpfe bei weitem übersteigen. Im Jahre 1904 waren 385 339 Gewerkschaftsmitglieder an Lohnbewegungen, Angriffs- und Abwehrkämpfen beteiligt, — also 36,7 Proz. der gesamten Mitglieder. Dazu erreichen die Kämpfe im gegenwärtigen Jahre eine Höhe, wie in keinem früheren. Allein in dem genannten Jahrfünft wurden für diese Kämpfe 18½ Millionen Mark aufgewendet; die Ausgabe des laufenden Jahres läßt sich noch nicht annähernd feststellen; sie dürfte aber hinter 8 Millionen Mark, — die Hälfte der gewerkschaftlichen Kassenvermögen im J. 1904 — wenig zurückbleiben. Man muß diese Tatsachen geflissentlich übersehen haben, um fragen zu können, welche Zahl von Organisierten und Millionen Mark nötig seien, um kampfbereit zu sein, um Widerstand zu leisten. Die Kämpfe der französischen Gewerkschaften bleiben an Umfang und Bedeutung weit hinter denen der deutschen Gewerkschaften zurück. Die Ueberlegenheit, die Griffuelhes den deutschen Kämpfen gegenüber an den Tag legt, entbehrt also jeder tatsächlichen Erfahrung.

Und die Erfolge dieser Kampfbereitschaft? Sie sind nur bezüglich der Angriffs- und Abwehrstreiks statistisch festgestellt. In den Jahren 1900—1904 endeten von 5016 Streiks mit 370 442 Beteiligten 2396 Streiks für 135 676 Beteiligte mit vollem und 1044 Streiks für 120 734 Beteiligte mit teilweisem Erfolge. 3440 Streiks (68,5 Proz.) brachten also für 256 410 Beteiligte (69,2 Proz.) Verbesserungen. Auch von den Aussperrungen endeten 60,2 Proz. für die Arbeiter mit vollem oder teilweisem Erfolge. Im Jahre 1904 erreichten ferner 171 786 Arbeiter Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzung ohne vorausgehenden Kampf. Der überwiegende Erfolg lag also auf Seiten der Arbeiter.

Aber nicht bloß diese Zahlen beweisen die Kampfbereitschaft und den Erfolg der deutschen Gewerkschaften. Hören wir, was die anerkannten Organe des deutschen Unternehmertums über die Gewerkschaften sagen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ stellt in einem Aufruf (Nr. 38 d. J.) fest: „Das Streikjahr 1905. Unter dieser Bezeichnung wird das laufende Jahr in der deutschen Wirtschaftsgeschichte fortleben, denn Zahl und Umfang der Ausstände in ihm haben schon jetzt eine Höhe erreicht, wie sie bis heute niemals zu verzeichnen war. Unzählige schwer oder niemals zu heilende Wunden sind dem deutschen Wirtschaftsleben geschlagen worden. Der Streit, früher eine seltene, ausnahmsweise Erscheinung, gehört heute zu den Alltäglichkeiten, und fast erstaunt würde die deutsche Arbeitgeberschaft aufblicken, wenn etwa diese Zeitung in ihrer regelmäßigen Statistik nur in bezug auf eine Woche, ja auf nur einen Tag, melden könnte, daß an ihm kein Ausstand ausgebrochen wäre.“

Auf der Arbeitsnachweis-Konferenz in Bremen referierte Herr v. Reiskiw, der Redakteur des vor-

erwähnten Organs, über „Taktische Fragen“. Er erklärte dabei nach einer Würdigung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften: „Der überwiegende Einfluß der Gewerkschaftsführer auf die Arbeiterschaft, wie wir ihn vorher festgestellt haben, wird dazu führen, daß zunächst die kleineren Arbeitgeber, wenn sie nicht von der Gesamtheit des Unternehmertums nachhaltig gestützt werden, im Kampfe gegen die Forderungen der Gewerkschaften unterliegen, indem sie selbst dann zum Nachgeben gezwungen werden, wenn ihre Bewilligung sie wirtschaftlich ruinieren würde.“

Ein weiterer Beweis, wie erfolgreich die Kampfstaktik der deutschen Gewerkschaften war, ist die seitens der „Arbeitgeber-Zeitung“ vertretene Auffassung, daß die Arbeitgeberverbände ein direktes Verhandeln und Waffenstillstände mit den leitenden Gewerkschaftsinstanzen nicht mehr umgehen können. Es gibt keine irgendwie geartete Arbeitervertretung mehr, die nicht von den Gewerkschaften beherrscht würde; die Zahl der Nichtorganisierten, die arbeitswillig sind, sei sehr gering. „Tatsächlich bilden die Arbeitswilligen einen verschwindend geringen Teil der Arbeiterschaft. Tatsächlich werden die Arbeiter von den sozialdemokratischen Gewerkschaften geführt,“ heißt es in Nr. 39 des erwähnten Blattes, das den Abschluß von Waffenstillständen mit den Gewerkschaften damit begründet, daß die Wiederaufnahme der Arbeit dann in ruhigeren Formen erfolge. Hier wird zugestanden, daß der Einfluß unserer Gewerkschaften die starre Herrschaft der Arbeitgeberverbände erschüttert und über den Haufen geworfen habe. Der Generalsekretär Bued behauptet zwar im Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller, daß die Taktik des Zurückweisens jeder Verhandlung mit Gewerkschaften noch immer erfolgreich geblieben sei und daß die Arbeitgeber aus allen größeren Kämpfen als die Sieger hervorgegangen seien, und Dr. Leidig schrieb, daß man Positionen, die man halten könne, ohne Schwertstreich nicht räumen dürfe. Aber schon wenige Wochen später mußten die beiden Herren gemahren, daß die Augsburger Baumwollindustriellen durch Einführung des Zehnstundentages „unter sehr triftigen Gründen äußeren Zwanges“, wie der Vertreter dieser Gruppe zugestand, — ohne Schwertstreich eine Position geräumt hatten, die der Centralverband noch im Mai dieses Jahres durch einstimmigen Beschluß gedeckt hatte. Der Schreck darüber fuhr ihnen derart in die Glieder, daß sie schleunigst eine Ausschüßung beriefen, um zu beraten, ob unter diesen Umständen der Widerstand gegen den Zehnstundentag noch aufrecht zu erhalten sei. Man gestand sich resigniert, daß trotz des erneut proklamierten Widerstandes der Zehnstundentag auch in der Textilindustrie seinen Einzug halten werde. Das geschah unter dem Eindrucke der gegenwärtigen Textilarbeiterkämpfe in Schlesien, Sachsen und Thüringen. So urteilt das deutsche Unternehmertum über die Kampfbereitschaft und Kampfesfähigkeit der deutschen Gewerkschaften!

Es erscheint in der Tat seltsam, zu glauben, daß die Gewerkschaftskämpfe in Deutschland nur vom Schreibtisch und an der Hand statistischer Tabellen im voraus berechnet würden. Eine solche Uebertreibung zeugt von völliger Unkenntnis der Kräfte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die vor allem auf einer gut geleiteten Werkstättorganisation beruhen. Aber eine gute Statistik ist zur Beurteilung der Chancen des Erfolges ebenso notwendig, als die ausreichenden Geldmittel zur Unterstützung der Kämpfenden. Mit



mit je 100 000 bis 1 Million Dollar Produktwert und 23,3% auf 41 Betriebe, deren Erzeugnisse höher als auf je 1 Million Dollar im Jahr bewertet werden. Die Klein- und Mittelbetriebe sind nur mehr von einer untergeordneten volkswirtschaftlichen Bedeutung.  
Zglr.

## Soziales.

**Deutsche Heimarbeit-Ausstellung.** Die gemeinsam von bürgerlichen Sozialpolitikern unter Führung des Bureaus für Sozialpolitik und von Vertretern der Arbeiterorganisationen (freien Gewerkschaften, deutschen Gewerksvereinen, christlichen Gewerkschaften) betriebenen Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß die Veranstaltung der Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit und Hausindustrie für Mitte Januar (17. Januar) bis Ende Februar nächsten Jahres jetzt feststeht, und zwar in mehreren geräumigen Sälen der alten Kunstakademie, Unter den Linden Nr. 38. Es ist beabsichtigt, ein möglichst vollständiges Bild der gesamten deutschen Heimarbeit durch Vorführung ihrer Erzeugnisse in vier Hauptgruppen: Metall, Holz, Bekleidung, Lebens- und Genußmittel, mit zahlreichen Unterabteilungen zu geben. Dabei sollen die Waren mit Angaben über die Arbeitszeit und die Lohnhöhe versehen werden. Literarische Hilfsmittel, Vorträge und bildliche Darstellungen werden zu weiterer Erläuterung herangezogen. Geschäftsstelle ist bis auf weiteres das Bureau für Sozialpolitik, Berlin W. 30, Rollendorffstr. 29/30.

## Arbeiterbewegung.

### Tatsachen!

Unter der Ueberschrift: „Zahlen?“ äußert sich der Sekretär der französischen Confederation Generale du Travail, Gen. B. Griffuelhes, im „Voix du Peuple“ in längeren Ausführungen über die Kampfstattik der deutschen Gewerkschaften aus Anlaß des jüngsten Kampfes in der Berliner Elektro-Industrie. In der „Humanité“ hatte Genosse A. Thomas über den Ausgang dieses Kampfes im Sinne einer Niederlage berichtet. Er schrieb: „So standen 80 000 Arbeiter davor, aus der Arbeit herausgetrieben zu werden, als die Streikenden nachgaben. Am 13. Oktober kehrten sie, besiegt und ihre Niederlage eingestehend, in die Betriebe zurück.“

Diese Auffassung des Gen. Thomas trifft nicht völlig das Richtige. Die Arbeiter der Berliner Elektrizitätsindustrie kehrten nicht besiegt, ihre Niederlage eingestehend, in die Betriebe zurück, sondern sie nahmen die Arbeit unter Friedensbedingungen wieder auf, die ihnen zwar zum Teil bei Beginn des Kampfes bereits zugestanden, bei Beginn der Massenausperrungen aber wieder verweigert worden waren. Sie haben zwar nicht erreicht, was sie erreichen wollten, aber sie haben die Verbesserungen bewahrt, die man ihnen vor dem Kampfe zugestand. Das war ein Abbruch des Kampfes, aber kein Unterliegen. Denn auch das Unternehmertum hat seinen Zweck nicht erreicht. Seine Massenausperrungen bezweckten, die Arbeiterorganisation abzuschrecken, einzuschüchtern und kampfesunfähig zu machen. Der nachfolgende Kampf beweist, daß die Taktik der Abschreckung wirkungslos blieb. Ebensovienig hat die weitere Ausdehnung dazu beigetragen, die Gewerkschaften kampfesüde zu machen. Neue Riesenkämpfe brechen in allen

Teilen des Reiches aus. Und die Kampfesfähigkeit der deutschen Gewerkschaften ist durch den Abbruch dieses Kampfes, der die Reserven der Gesamtheit nicht einmal in Anspruch nahm, nicht im mindesten beeinträchtigt. Jeder Tag kann neue Kämpfe bringen, denen die Gewerkschaften ohne Zagen entgegensehen. Sie werden herausholen, was die Situation ermöglicht, aber sie werden ihre Widerstandskraft nicht derart erschöpfen, daß ihnen das Kapital die Bedingungen des Siegers diktieren kann.

Ist somit das Urteil der „Humanité“ über den Ausgang dieses Kampfes ein schiefes, so benutzt Gen. Griffuelhes dasselbe, um die deutsche Kampfstattik zu verhöhnern. Er schreibt:

„Der Konflikt der Berliner Elektrizitätsarbeiter wurde beendet auf Befehl der Gewerkschaftsführer, welche, wie die „Humanité“ sagt, sich hätten überraschen lassen. Sie waren nicht bereit, und unsere deutschen Genossen lieben nur die Kämpfe, für welche sie bereit sind. Ueberrumpelt, wollten sie den Kampf nicht sich ausdehnen lassen, nicht zahlreichere Arbeitermassen in ein unsicheres Gefecht hineinbeziehen. Aus diesem muß man folgern, daß die Wiederaufnahme der Arbeit, gegenüber der unvorhergesehenen Verallgemeinerung des Konfliktes durch das Unternehmertum vorge schlagen und angenommen wurde, weil die Arbeiter nicht bereit waren, um dem Unternehmertum Widerstand zu leisten. Ich weiß nicht, ob die deutschen Gewerkschaften bereit waren oder nicht. Aber mein Erstaunen muß ich eingestehen. Die deutschen Kameraden sollen nicht bereit gewesen sein mit 1½ Millionen Organisierter und ihren Millionen an Vermögen? Es ist möglich, — aber dann muß ich mich fragen, ob überhaupt der Tag kommen wird, wo sie bereit sein werden. Welches ist die Zahl der Organisierten, die nötig sind, um Widerstand (?) zu leisten? Welches ist die Zahl der Millionen, die zum Widerstand erforderlich sind? . . . Ich bin begierig, diese Zahlen kennen zu lernen, denn ich bin noch immer außerstande, zu begreifen, daß die sozialen Kämpfe mit derselben Einfachheit wie ein Rechene xempel gelöst werden könnten. Mir erscheint es seltsam, zu glauben, daß man, in seinem Arbeitszimmer über statistische Tabellen sitzend, die Bedingungen eines Konfliktes bestimmen, im voraus die verschiedenen Phasen, die ihn charakterisieren, bezeichnen und die Bahn vorzeichnen könne, in der er verlaufen wird. Gewiß! In einem gewissen Grade kann man vorher über den Gang eines Konfliktes ein Urteil haben, — aber es gibt in den sozialen Kämpfen ein weites Gebiet des Unvorhergesehenen. Zu diesem Unvorhergesehenen gehört zum großen Teile die frische Kraft der Kämpfenden. Die ganze Geschichte unserer Kämpfe, sowohl der ökonomischen wie der politischen, zeigt, daß dies ein wichtiger Faktor ist, der oft über den Ausgang entscheidet. Ich weiß wohl, daß man diesen Faktor in Deutschland geringschätzig betrachtet, oder vielmehr, daß er dort nicht existiert, und darum sind unsere Genossen eben nicht bereit.“

Diese Polemik, von einer schiefen Darstellung ausgehend, gefällt sich förmlich darin, die deutschen Verhältnisse ins Fraßenhafte zu verzerren. Daß die deutschen Gewerkschaften kampfbereit sind, beweisen die wachsenden Kämpfe, die sie führen, abgesehen von den ebenso zahlreichen Lohnbewegungen, in denen sie ohne Kampf Verbesserungen durchsetzen. Im letzten

Umständen und Ereignissen, die nicht vorauszusehen sind, hat jede Bewegung zu rechnen, — es gehört indes zur Strategie der deutschen Gewerkschaften, den Einfluß dieses Unvorhergesehenen auf ein Mindestmaß zu reduzieren, mit zuverlässigen Waffen und ausreichender Bekanntheit in den Kampf zu ziehen. In Deutschland sind wirtschaftliche Kämpfe weit mehr als in Frankreich ein Ringen zwischen Organisationen. Die Unternehmerorganisation ist hier ungleich stärker entwickelt und weniger zu Nachgiebigkeit geneigt. Es ist ein Kampf um die Macht, in dem der Stärkere Sieger bleibt. Gerade die Niesenkämpfe der letzten Jahre haben aber bewiesen, daß die Kräfte beider Gegner einander wenig nachgeben. Das Unternehmertum verfügt Massen-aussperrungen, die ihm tiefe Wunden schlagen, ohne die Gewerkschaften niederzuringen. So enden die meisten dieser Kämpfe mit Waffenstillstandsverträgen, die den Arbeitern einen Teil ihrer Forderungen zuerkennen. Im Berliner Elektrokampfe war es nicht anders. Die ökonomische Ueberlegenheit lag zweifellos auf Seiten der Elektrotrusts, die mit ihrer gemeinsamen Massenausperrung den Kampf zur Machtfrage gestalteten. Trotzdem haben auch sie sich zur Nachgiebigkeit veranlaßt, als im Kühnemänner-Bund ernste Risse bemerkbar wurden. Die Arbeiterschaft brach den Kampf ab, um ihre Kräfte nicht in einer Machtprobe zu erschöpfen, deren Erfolg, so zweifelhaft der Ausgang immer sein mochte, in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Opfern stand.

V. Griffuelhes erklärt:

„Die deutschen Gewerkschaften sind weder zum Angriff noch zur Abwehr bereit; die französischen treten nicht um eitlem Vergnügens willen in einen Kampf ein, aber sie nehmen ihn auf, rufen ihn auch gelegentlich hervor und weichen erst zurück, nachdem sie gekämpft haben.“

Nach dem angeführten Tatsachenmaterial entbehrt diese Behauptung jeder Unterlage; sie klingt besonders absurd nach einem Kampfe, der bereits 40 000 Arbeiter in Mitleidenschaft zog. Das Kriegsglück wechselt überall, auch in Ländern mit gutorganisierter Arbeiterschaft. In Dänemark, England, Nordamerika sind große Kämpfe zu Ungunsten der Arbeiter beendet worden, nicht zuletzt auch in Frankreich. Nirgends aber als in letzterem sind den Arbeitern so empfindliche Niederlagen bereitet worden, die ihren Widerstand geradezu zerschmetterten und ihre Aktionskraft auf Jahre hinaus lähmten. Wir erinnern nur an den verunglückten Generalstreik der Pariser Arbeiterschaft in der Mitte des vorigen Jahrzehnts, an den Generalstreik der Bergarbeiter (1901) und an den Marseiller Generalstreik (1904).

Worin liegt der Unterschied der deutschen und der französischen Kampfstaktik? Die französischen Gewerkschaften, schwach an Mitgliedern und noch schwächer an Mitteln, suchen durch Aufreizung aller Leidenschaften die Massen der Arbeiter zu plötzlichen Aktionen fortzureißen, durch Sammlungen in allen Bevölkerungskreisen die unentbehrlichste Unterstützung zu beschaffen und durch Druck auf die Municipalitäten und Regierungsorgane, eventuell durch öffentliche Kalamitäten, die Arbeitgeber zum Nachgeben zu zwingen. Gelingt dies, dann endet der Kampf durch Versprechungen, die an Betracht des Mangels an starken Organisationen nicht gehalten werden und bald die alten Zustände wiederkehren sehen. Bleibt das Unternehmertum halsstarrig, so „weichen die Arbeiter zurück“, meist unter Flucht aus der Organisation, und das Ergebnis ist noch weit trostloser.

Die deutschen Gewerkschaften haben diese Kampfstaktik längst überwunden und nur rückständige Organisationen fallen zeitweise in dieselbe zurück. Ihre Strategie ist, stets kampfbereit zu sein und auch aus erfolglosen Kämpfen noch kampfbereit heimzukehren. Sie sammeln die Arbeiter zu dauernder Organisation, sammeln Mittel zu Kampfeszielen, sammeln statistisches Material zur Kenntnis der eigenen und gegnerischen Kräfte und sammeln Einfluß in allen öffentlichen Vertretungen. Sie greifen die bestehenden Arbeitsverhältnisse stetig an, oft an Hunderten von Orten zugleich, sind aber zunächst bestrebt, Verbesserungen durch friedliche Vereinbarungen herbeizuführen. Das schließt ernste Arbeitskämpfe natürlich nicht aus, die oft an Dutzenden von Orten zugleich geführt werden müssen. Die Gewerkschaften sind indes bemüht, solche Kämpfe nur in einem Umfange zuzulassen, daß ihre erfolgreiche Durchführung mit eigenen Mitteln zu erwarten ist, und zweifellos erfolgreiche Kämpfe zurückzuhalten. Die Mittel der Gesamtheit nehmen sie nur in außergewöhnlichen Fällen in Anspruch, wobei allerdings zu befürchten ist, daß die Niesenausperrungen des vereinigten Unternehmertums ihnen öfters gemeinsame Unterstützungssaktionen aufnötigen werden. Bei alledem verlassen sie sich jedoch auf die eigene Kraft, — sie wissen, daß sie auch ihre Errungenschaften nur durch eigene Kraft zu bewahren vermögen. Jeder politische Druck auf die Unternehmer, jede wirksame Hilfe der Gemeinde- und Staatsverwaltung ist sowieso fast gänzlich ausgeschlossen. Sie brechen den Kampf ab, wenn ausreichende Zugeständnisse gemacht werden und mehr entweder nicht oder nur unter Opfern zu erlangen ist, die in keinem Verhältnis zu dem Erreichbaren stehen. Bis zum Weißbluten zu kämpfen, erscheint ihnen ein Frevel an der Organisation, — eine völlige Niederlage bedeutet für sie Verlust der Arbeit von Jahrzehnten. Sie wissen, daß nur starke Gewerkschaften dem Unternehmertum Zugeständnisse, wie auch die Anerkennung der Gleichberechtigung abnötigen.

Die deutschen Gewerkschaften haben durch diese ihre Taktik in 1½ Jahrzehnten bedeutende Erfolge erreicht, die sogar von ihren grimmigsten Feinden anerkannt werden. Sie werden auf dieser Bahn weiterarbeiten und weiterkämpfen und die Genugtuung empfinden, daß ihre Taktik bei den übrigen Arbeiterationen, nicht zuletzt auch in Frankreich, Nachahmung findet. Das Elend der französischen Gewerkschaftsbewegung hat die fähigsten Arbeiterführer veranlaßt, ihre Aktion, gleich der deutschen, auf die Basis fester Organisationen und ausreichender Massen zu stellen, und dieser Gesundungsprozeß macht dort täglich Fortschritte. Die Organisationsarbeit der französischen Verbändler wird es nicht beirren, wenn nicht alle Kämpfe in Deutschland mit der Niederlage der Kapitalisten enden. Die Kampfesfreude, die die deutsche Arbeiterschaft überall besetzt, die Geschlossenheit, die ihre Reihen selbst nach beispiellos dastehenden Niesenkämpfen zusammenhält, können noch immer der Arbeiterschaft aller Länder als Ansporn dienen.

Die deutsche Arbeiterschaft ist sich aber auch bewußt, daß ihr Kampf der gemeinsame Kampf aller Arbeiterationen ist gegen die alle Grenzen überschreitende Macht des Großkapitals. Sie hat nicht geruht und gerastet, bis das internationale Band der Arbeit gefestigt war, das die Widerstandskraft der einzelnen Arbeiterationen erhöhen soll. Dieser internationalen Solidarität der Arbeiterklasse wird durch Angriffe, die die Grundlagen der deutschen

Gewerkschaften herabsetzen, ein schlechter Dienst geleistet, besonders in Situationen, wie der gegenwärtigen, wo unsere Gewerkschaften übermächtigen Trusts und Unternehmerverbänden gegenüberstehen. Sehr bald werden die französischen Kameraden empfinden, daß der Kampf der deutschen Arbeiterschaft auch ihr Kampf ist, und daß es gilt, für diesen Kampf zu rüsten. Mögen die französischen Gewerkschaften zu dieser Erkenntnis nicht zu spät kommen und mögen sie das Band nicht zerreißen, das auch ihnen eine sichere Zukunft verbürgt.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Eine Bauarbeiterschutz-Konferenz wurde in Offenbach abgehalten, an der 78 Delegierte der Bauarbeiter aus 30 Orten des Großherzogtums Hessen teilnahmen. Nach Referaten von den Genossen Kremser und Diehl, Frankfurt, und einer eingehenden Debatte wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die Nachlässigkeit der Behörden auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes protestiert und die Uebernahme der Bauarbeiterschutz-Gesetzgebung auf das Reich gefordert wird. Es wird weiter eine energische Bekämpfung des Bauschwindels gefordert, sowie eine Reihe anderer Forderungen aufgestellt. Die hessische Regierung wird aufgefordert, in Anbetracht der hohen Unfallziffern im Baugewerbe eine Reform der Unfallverhütungs-Vorschriften vorzunehmen und praktisch geschulte Arbeiter zur baupolizeilichen Ueberwachung hinzuzuziehen. Ferner wurde beschlossen, mit der Bildung von Bauarbeiterschutz-Kommissionen vorzugehen. Es soll weiter eine Kommission mit dem Sitz in Darmstadt gebildet werden, der die Aufgabe zufällt, Material über den Bauarbeiterschutz zu sammeln, bearbeiten und in geeigneter Weise zu verwenden.

Vom Vorstande des Verbandes der Bäcker ist soeben eine 94 Seiten starke Agitationsbroschüre herausgegeben, die die Lohnbewegungen und Streiks im Bäckergewerbe 1904 bis 1905 behandelt. In eingehender Weise wird die umfangreiche Tätigkeit des Verbandes zur Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder dargestellt.

Die „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht in der letzten Nummer einen Aufruf an die Bergarbeiter in allen Revieren, worin diese aufgefordert werden, in eine energische Agitation für den Verband zu treten. Der Aufruf weist auf die Zechensperren hin, die die gesetzlich gewährleistete Freizügigkeit illusorisch machen. Es wird klargestellt, daß der einfachste Weg zur Vermeidung des von den Unternehmern vorgeschobenen Wechsels einfach der Tarifvertrag ist, in welchem die gerechten Forderungen der Arbeiter gebührende Berücksichtigung gefunden haben. Diesen lehnen die bergbaulichen Herren ab. Sie zu zwingen, die Forderungen der Arbeiter anzuerkennen, vermag nur eine starke Organisation der Bergarbeiter. Mit dieser wird das Unternehmertum Tarifverträge abschließen müssen, nur durch diese kann das Recht der Arbeiter wahrgenommen werden.

Wie notwendig die Aktion zur Stärkung des Bergarbeiter-Verbandes ist, zeigt am besten die Stellungnahme des Bergbaulichen Vereins gegenüber einer von der Siebenerkommission der Bergarbeiter-Organisationen am 2. November an den Handelsminister eingereichten Beschwerde gegen die Maßnahmen der Zechenbesitzer, als: Beschränkung der Freizügigkeit, Einführung eines strupellosen Strafsystems an Stelle des verbotenen Nullens usw. Der

Bergbauliche Verein hat sich nun ebenfalls an den Handelsminister gewendet. In seiner diesbezüglichen Eingabe „beweist“ er es haarklein, daß er sich in allen Dingen strikte an die Vorschriften der Berggesetz-Novelle hält. Seine „Normal-Arbeitsordnung“ stimmt vollständig mit dem Gesetz überein. Selbst die Verlängerung der Schichtdauer auf 12 Stunden für die über Tage Beschäftigten könne nicht ein Verstoß gegen den angezogenen Paragraphen sein, da dieser „lediglich von einer Verlängerung der Schichtfahrt durch Ein- und Ausfahrt spricht, also für die Arbeiter über Tage überhaupt nicht in Betracht kommt“. Ebenso sei das Verfahren an Ueber-schichten nach wie vor zulässig, sofern dem Arbeiter nach beendeter Ueber-schicht „eine mindestens achtstündige Ruhezeit verbleibt“. Ueberhaupt ist seitens des Bergbaulichen Vereins keinerlei Gesetzesübertretungen beabsichtigt! So bestätigt allerdings das Unternehmertum selbst den schändlichen Verrat, den das preussische Dreiklassenparlament mit Hilfe des Zentrums an den Bergarbeitern verübt hat. Für die Bergarbeiter bleibt demnach nichts anderes übrig, als sich auf die eigene Kraft, auf die Macht ihrer Organisation stützend, den Kampf gegen das noch allmächtige Unternehmertum des Bergbaues zu führen.

Seitens der organisierten Friseurgehülften in Deutschland, Oesterreich, Ungarn und der Schweiz wird beabsichtigt, eine internationale Konferenz von Vertretern der Verbände im Anschluß an den internationalen Arbeiterkongreß in Stuttgart, 1907, abzuhalten.

Die im Holzarbeiter-Verbande organisierten Stellmacher hielten in Halle a. S. eine Konferenz ab. Beschlossen wurde u. a. in Berlin eine Zentralkommission für die Stellmacher einzusetzen, wie solche bereits für die im Holzarbeiter-Verbande organisierten Korbmacher, Stodarbeiter usw. errichtet sind. Aufgabe der Kommission ist, die besonderen Interessen der Branche nach Möglichkeit zu fördern. Der Hauptvorstand gab hierzu seine Zustimmung.

Im Holzarbeiter-Verbande wird in diesen Tagen der Gründung des Fachvereins der Schreiner in Stuttgart gedacht, die am 9. November 1880 erfolgte. Die Gründung des Stuttgarter Fachvereins gab den Anstoß zur weiteren Gründung von Fachvereinen der Tischler im ganzen Lande, die trotz der Schwierigkeiten unter dem Sozialistengesetz erfolgte. Von Stuttgart aus wurde später dann die Zentralisation der Tischlervereine in dem Verbande von Vereinen der Tischler Deutschlands, so daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ das Stuttgarter 25jährige Jubiläum als das eigentliche Gründungsjubiläum der heutigen Holzarbeiter-Organisation feiert.

Der Almanach des deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1905 ist soeben im 7. Jahrgange erschienen. Bearbeitet ist der Almanach, wie die früheren, vom Genossen Theodor Leipart, Stuttgart.

Der vom Seemannsverbande herausgegebene Seemannskalender für 1905 ist soeben im 6. Jahrgange erschienen.

Im Verbande der Bergolder wird zurzeit eine Urabstimmung über die Frage eines eventuellen Anschlusses an den Deutschen Holzarbeiterverband vorgenommen. Die Urabstimmung wird am 15. November geschlossen.

**Berichtigung.** In der Notiz über den Fabrikarbeiterverband in letzter Nummer des „Corresp.-Blatt“ ist ein entstellender Druckfehler enthalten. Es steht in der vierten Zeile: „der Verband hat im letzten Jahre rund 100 000 Mk. für seine Kämpfe verausgabt“; es soll heißen: 400 000 Mk., welches wir zu berichtigen bitten.

### Aus Skandinavien.

Die maßgebenden Instanzen in der skandinavischen Arbeiterbewegung haben sich nunmehr dahin geeinigt, den nächsten allgemeinen skandinavischen Arbeiterkongress im August 1907 in Christiania abzuhalten. Die schwedischen Genossen hätten allerdings aus taktischen Gründen in Anbetracht der jetzigen politischen Situation in Skandinavien den Kongress lieber zu dem richtigen Termin (1906) gehabt, haben aber dem Wunsche der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam d. J. entsprechend, ihre Zustimmung gegeben. Es handelt sich hierbei darum, den Wunsch der amerikanischen Genossen zu erfüllen, die sich an der internationalen Gewerkschaftskonferenz beteiligen wollen; der Delegationskosten halber aber nur zur Zeit des englischen Gewerkschaftskongresses 1907 Vertreter entsenden können, da sie an beiden Veranstaltungen teilnehmen möchten. Dem ist durch den jetzigen Beschluß der skandinavischen Genossen Rechnung getragen.

E. Br.

### Von den amerikanischen Gewerkschaften.

Bis Ende September d. J. war der Achtstundentag in 73 englischen und 17 deutschen Ortsgruppen der Typographical Union (Schriftsetzer) in Geltung; 65 Ortsgruppen hatten vor Ausbruch des jetzigen Streiks (s. „Corr.-Bl.“ Nr. 42) mit den Unternehmern vereinbart, daß der Achtstundentag mit 1. Januar 1906 eingeführt werde, 75 Ortsgruppen haben während der gegenwärtigen Bewegung den kürzeren Arbeitstag errungen, wogegen, nach den letzten Mitteilungen im „Typographical Journal“, die Mitglieder von 43 Ortsgruppen im Streik standen.

Der Verband der Drucker und Hilfsarbeiter wird voraussichtlich einer Anregung seines Ortsvereins Toledo (Ohio) folgen und gleichfalls die Verkürzung der Arbeitszeit von neun auf acht Stunden durchzusetzen versuchen.

Die gleiche Forderung wollen die Hartkohlengräber den Unternehmern im kommenden Frühjahr unterbreiten.

Die Eisenbahnerverbände bereiten eine gemeinsame Aktion vor, um eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten zu erlangen. Näheres darüber ist noch nicht bekannt geworden.

Die Mitglieder des Maurerverbandes haben in einer Abstimmung die Einführung der centralisierten Sterbefall-Unterstützung abgelehnt. Die Beteiligung an der Abstimmung war eine sehr schwache, so daß der nächste Verbandstag wohl beschließen wird, sie zu wiederholen.

Die Gewerkschaft der Bäcker (Bakery and Confectionary Workers) hat nach New York eine Konvention einberufen, die über die Einführung centralisierter obligatorischer Unterstützungskassen beraten soll.

Der Verband der Aufzughauer hielt vom 11.—13. September in Boston seine 4. Delegiertenversammlung ab. Der Vorstand konnte berichten, daß

die große Mehrheit der Berufskollegen dem Verbandsangehörte und daß mit allen bedeutenden Firmen dieses Industriezweiges Tarifverträge abgeschlossen worden sind. — Die Beratungen über die Aenderung der Verbandsstatuten, welche den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete, nahm zwei Tage in Anspruch.

Das Arbeitsamt von Californien hat eine Statistik des Unterstützungswesens der Gewerkschaften in diesem Staat veröffentlicht. Auskünfte liefen nicht von allen Organisationen ein; die Gewerkschaften, welche Berichte erstatteten, hatten im Jahre 1904 zusammen 84 456 Mitglieder; davon hatten Anspruch auf: Sterbefall-Unterstützung 69 133; auf Kranken- und Unfallunterstützung 36 638 (wöchentliche Beiträge von drei bis sieben Dollar); auf Invalidenunterstützung 4465. In den meisten Organisationen wird bei eintretender vollständiger Erwerbsunfähigkeit ein Betrag in derselben Höhe wie die Sterbefallunterstützung als Abfertigung gewährt; in mehreren Vereinen (mit einer Mitgliederzahl von 12 208) ist jedoch der Betrag der Abfertigung höher. Einige Gewerkschaften haben auch Werkzeugerversicherung, Spitalverpflegung im Krankheitsfalle usw. eingeführt. Centralisiert ist in der Regel nur die Sterbefallunterstützung.

8.

## Lohnbewegungen.

### Lohnbewegungen.

Der Berliner Gau des Verbandes der Buchdrucker hat im Laufe des Oktober in einer Anzahl Berliner Offizinen eine Teuerungszulage erzielt. 42 Offizinen haben eine solche gewährt, 24 Firmen erklärten, abwarten zu wollen. Nur wenige nahmen einen ablehnenden Standpunkt ein. Das Vorgehen der Buchdrucker wirkte auch auf andere Arbeiterkategorien günstig zurück. So haben in einzelnen Firmen die Buchbinder und die Hilfsarbeiter Zulagen erhalten. Ebenfalls erhielten in fast allen Geschäften die Stereothpoure Zulagen. Im „Correspondent“ wird an den Verbandsvorstand das Ersuchen gerichtet, den Gedanken der Teuerungszulage weiter zu propagieren.

Die Transportarbeiter haben wieder zwei bemerkenswerte Tarifverträge heimgetragen. Der eine wurde mit dem Leipziger Buchhändlerverein abgeschlossen und betrifft die Handels- und Hilfsarbeiter. In die Lohnpositionen sind auch die Laufburschen von 14 Jahren an mit hineinbezogen, für die eine steigende Lohnskala festgelegt wurde. Die Arbeitszeit wird auf 10 und 9 Stunden festgesetzt. — Der zweite Vertrag betrifft die Boten der Journal-Vesefirkel in Hamburg und wurde mit der Unternehmer-Vereinigung abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde für die am Lager Tätigen auf 9½ Stunden festgesetzt und Minimallohne für sämtliche Beschäftigten vereinbart.

### Streiks und Aussperrungen in Deutschland.

Der Streik in der Berliner Wäschindustrie ist beendet, nachdem die beiden Parteien den Schiedsspruch des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts angenommen haben.

Die Aussperrung in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie dauert unverändert fort. Der Versuch der Unternehmer, die Arbeiter zu zerplittern, um sie auf diesem Wege niederzuzwingen, ist gänzlich gescheitert. Als am 6. November die Betriebe geöffnet wurden, fanden sich nur einige wenige Arbeitswillige ein, in der

Hauptfache blieben die Unternehmer allein im Fabrikstore stehen. Der Verband der sächsisch-thüringischen Webereien hat nun durch Anschlag an den Plakatsäulen ankündigen lassen, daß am 11. November die Betriebe wieder geschlossen werden, falls sich bis dahin nicht genügend Arbeitswillige melden. Alle Versuche, solche heranzuziehen, scheitern völlig, so daß den Unternehmern wohl nichts anders übrig bleiben wird, als den Arbeitswilligenfang aufzugeben und mit den Arbeitern sich zu verständigen.

In der Dresdener Textilindustrie (Gardinen- und Spitzenmanufaktur) spizen sich ebenfalls die Verhältnisse zu. Die Lohnforderungen sind von den Unternehmern mit der Maßregelung mehrerer Arbeiter beantwortet worden, so daß der Kampf unvermeidlich zu werden droht.

Der Stand der Aussperrung der Berliner Lederarbeiter ist unverändert.

## Arbeitsvermittlung.

### Die Arbeitsvermittlung in Oesterreich im Jahre 1904.

In Oesterreich kennt man die heißen Kämpfe um die Beherrschung des Arbeitsmarktes noch nicht, die in anderen Ländern, namentlich in Deutschland, so oft zu offenen Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern führen. Der Arbeitsmarkt ist nämlich in Oesterreich überhaupt noch nicht organisiert. Die Unternehmerverbände bekümmern sich um ihn nicht, die Gewerkschaften sind noch nicht in allen Gegenden des Reiches stark genug, um sich dieser ihrer Aufgaben mit großem Erfolg widmen zu können und von Seite der öffentlichen Körperschaften, Staat, Land und Gemeinde wird wohl seit kurzem Vorsorge getroffen, um den Arbeitsmarkt zu organisieren. Aber diese Tätigkeit steht erst in ihren Anfängen und ist überdies eine unregelmäßige, von keinem Prinzip beherrschte. Vor Jahren hat der Arbeitsbeirat zwar einen von Prof. Mischler (Graz) ausgearbeiteten Gesetzentwurf beraten, doch dieser ruht in irgend einem Archiv. Die Zusammensetzung der Landtage und Gemeinderäte sorgt dafür, daß man sich dort nicht allzu sehr mit sozialpolitischen Dingen beschäftigt. Wenn daher hier und da etwas geschieht, so ist da weniger die Absicht eine sozialpolitische Einwirkung zu treffen, als die Landwirte mit dem nötigen Gesinde zu versehen maßgebend.

Dementsprechend sind auch die allmonatlichen Berichte des arbeitsstatistischen Amtes, die in der „Sozialen Rundschau“ noch dazu sehr verspätet erscheinen, nicht geeignet, ein abschließendes Bild über den Arbeitsmarkt in Oesterreich zu geben. Von den 315 234 Vermittlungen, die im Jahre 1904 von sämtlichen berichterstattenden Stellen zustande gebracht wurden, entfielen allein 186 826 (59,2 Proz.) auf Wien, 46 722 (14,8 Proz.) auf Prag. Diese beiden Städte stellten somit 74 Proz. aller Vermittlungen, über die berichtet wird. Die aus den Zahlen des Berichtes zu ziehenden Schlüsse geben daher eigentlich nur ein Bild von dem Arbeitsmarkt in Wien und Prag.

Aber auch die Berufsbranche selbst sind nicht vollständig gleichmäßig bei den berichterstattenden Stellen vertreten. Von den Naturalversorgungsstationen abgesehen, entfiel bei der Männerarbeit von den Stellenangeboten auf die Bekleidungs- und Fußwarenindustrie 26,89, auf die Industrie in Holz- und Schnitzwaren 11,87, auf das Gast-

und Schankgewerbe 11,15, auf die Metallverarbeitung 8,32, auf die Industrie in Nahrungs- und Genussmittel 7,13 Proz., auf diese fünf Industriezweige somit schon 65,36 Proz. aller Stellenangebote dieser Kategorie. Bei der Frauenarbeit hingegen entfielen auf das Haushaltspersonal 80,47, auf das Gast- und Schankgewerbe 8,77, auf die Bekleidungs- und Fußwarenindustrie 3,99 Proz. Bei der Frauenarbeit machen somit die Angebote in diesen drei Arbeitszweigen schon 93,43 Proz. aller Angebote aus. Ähnlich ist es bei den Stellen gesucht und daher naturgemäß auch bei den Vermittlungen. Gerade die Industriezweige, in denen der Fabrikbetrieb vorherrscht, sind unter den angeführten nicht vertreten. Dort geschieht eben die Vermittlung ohne Inanspruchnahme einer der berichtserstattenden Stellen und ist ganz dem Zufall überlassen.

Die Arbeitsvermittlung selbst entbehrt jeder zusammenhängenden Organisation. Abgesehen von der Vermittlung durch Inserate in den Zeitungen und durch die Arbeitsaufnahme an den Fabrikstoren beschäftigen sich mit der Arbeitsvermittlung die allgemeinen Arbeitsnachweise, die aus öffentlichen Mitteln der Stadt oder der Bezirke erhalten werden, dann die Zwangsvereine der Kleingewerbetreibenden, die Gewerkschaften der Arbeiter, sonstige Vereine und Anstalten, schließlich aber auch noch die privaten Dienstvermittlungen, die aus der Vermittlung ein Geschäft machen. Zwangsvermittlungstellen sind die Naturalversorgungsstationen, die in einzelnen Ländern zur Bekämpfung der Landstreicherei errichtet wurden und den reisenden Arbeitern zwar Obdach gewähren, sie aber auch zur Annahme von Arbeit anhalten. Das Maß der Tätigkeit der einzelnen Vermittlungsstellen ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich. Von je 100 sämtlicher Vermittlungen wurden vermittelt

durch	bei der	
	Männer-	Frauen-
	arbeit	
allgemeine Arbeitsnachweise . . . . .	47,54	64,21
Genossenschaften . . . . .	13,76	4,41
Gewerkschaften . . . . .	7,78	0,69
sonstige Vereine . . . . .	6,86	2,65
„ Anstalten . . . . .	—	3,42
private Dienstvermittlung . . . . .	2,92	23,58
Naturalversorgungsstation . . . . .	21,14	1,04

Auf die gewerkschaftliche Vermittlung entfallen demnach bei der Männerarbeit nur 7,78, bei der Frauenarbeit 0,69 Proz. Aber nur auf die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung hat die Arbeiterschaft Einfluß. Beinahe alle übrigen Vermittlungsstellen üben ihre Tätigkeit ohne die Heranziehung der Arbeiter aus. Der Einfluß der Arbeiterklasse auf den Arbeitsmarkt ist demnach ein wesentlich geringer.

Wenn es nun auch nach diesen schlimmen Zuständen in der Organisation und Berichterstattung über den Arbeitsmarkt schwer ist, aus dem Grade der Vermittlungstätigkeit Schlüsse zu ziehen auf den Grad der Beschäftigung, so seien doch hier die diesbezüglichen Zahlen der Vollständigkeit halber wiedergegeben. Die Gesamtzahl der Stellenangebote stieg gegen das Vorjahr um 23,5 Proz., die Gesamtzahl der Stellengesuche um 21,9 Proz., die der Vermittlungen um 28,2 Proz. Die größere Steigerung der Angebote als der Stellengesuche und das bessere Ergebnis der Vermittlungstätigkeit läßt somit auf eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften schließen. Zu demselben Resultat gelangt man bei Betrachtung der

einzelnen Monatsergebnisse. Es entfielen auf je 100 Stellenangebote Stellengesuche bei der

Monat	Männer				Frauen				Ins <sup>g</sup> gesamt	
	qualifiziert	nicht qualifiziert	qualifiziert	nicht qualifiziert	qualifiziert	nicht qualifiziert	qualifiziert	nicht qualifiziert		
	1903	1904	1903	1904	1903	1904	1903	1904	1903	1904
Januar	406	336	338	277	170	141	73	84	204	174
Februar	326	298	357	259	170	151	89	100	206	177
März	209	210	216	168	142	141	93	111	168	158
April	230	193	217	157	145	120	87	103	175	149
Mai	219	181	212	200	128	109	81	98	171	145
Juni	230	191	183	130	128	110	85	71	178	143
Juli	224	187	168	112	131	111	90	101	179	146
August	210	187	148	119	141	122	82	94	163	142
September	188	192	143	179	135	134	81	107	136	147
Oktober	194	203	161	190	150	160	106	131	153	169
November	260	274	233	213	207	184	143	164	210	219
Dezember	316	359	259	318	207	186	124	134	231	248

Alle diese Zahlenreihen zeigen denselben Charakter, das große Ueberangebot an Arbeitskräften am Beginn und Ende des Jahres, also in den Wintermonaten, und ein Nachlassen desselben in den Sommermonaten, der besseren Jahreszeit. Doch läßt sich fast durchgehend zwischen dem Jahre 1903 und 1904 der Unterschied konstatieren, daß das Ueberangebot an Arbeitskräften etwas nachgelassen hat. Nur im Monat Dezember 1904 übersteigt es erheblich das desjenigen Monats im Jahre 1903.

Die Zahlenreihen entsprechen so ziemlich den wirklichen Verhältnissen, trotzdem, wie gesagt, die Zahlen eigentlich nur über die Wiener und Prager Verhältnisse Aufschluß geben. Daraus geht hervor, daß die Verhältnisse in diesen beiden Städten ein Bild von den Zuständen in allen Industriegegenden ergeben.

Dr. Winter.

## Aus Unternehmerkreisen.

### Der Centralverband deutscher Industrieller und der gesetzliche Zehnstundentag.

Der Ausschuß des Centralverbandes deutscher Industrieller sah sich durch das Direktorium desselben veranlaßt, zur Frage der gesetzlichen Einführung des Zehnstundentages in den Baumwollspinnereien Stellung zu nehmen. Begründend für die Notwendigkeit dieser Erörterungen führte Generalsekretär Bued aus, daß die Augsburger Baumwollindustriellen den Zehnstundentag für die Arbeiterinnen eingeführt hätten, obwohl sich noch im Mai dieses Jahres die Delegiertenversammlung gegen die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden erklärte. Das Vorgehen der Augsburger sei vom Verein süddeutscher Baumwollindustriellen, wenn auch nicht einstimmig, gutgeheißen und es sei zu erwarten, daß der Zehnstundentag nicht bloß in süddeutschen Spinnereien und Webereien eingeführt werde, sondern daß auch in anderen gleichartigen Betrieben eine längere Arbeitszeit schwer aufrecht zu erhalten sei. Der Widerstand der gesamten deutschen Textilindustrie (?) würde sich nicht mehr aufrecht erhalten lassen, deshalb sei zu erörtern, ob die im Mai d. J. angeführten Gründe gegen die gesetzliche Arbeitszeitbeschränkung durch Veränderung der maßgebenden Verhältnisse hinfällig geworden seien. Sollte dies der Fall sein, dann wäre eine Revision dieser Beschlüsse notwendig.

So Bued, der Revisionist der „altbewährten Grundsätze“ des Centralverbandes, die vor kaum 6 Monaten erneut bestätigt wurden, und die er noch kürzlich in der Polemik gegen die „Deutsche Arbeitgeber-Ztg.“ mit großem Eifer vertrat. „Bis jetzt ist es noch niemals die richtige Kunst des Feld-

herrn gewesen, Positionen, die man zu halten vermag, ohne Schwertstreich zu räumen.“ erklärte damals unter ausdrücklicher Berufung auf Herrn Bued dessen Adlatus Dr. Leidig. Jetzt muß Herr Bued selbst einsehen, daß eine der am schroffsten verteidigten Positionen des Centralverbandes nicht mehr zu halten ist, nachdem sie von den eigenen Genossen preisgegeben wurde, er ist bereit, sie ohne Schwertstreich zu räumen!

Auch Dr. Leidig tat diesmal nichts zur Verteidigung der Grundsätze. Er berichtete über das Ergebnis einer Enquete des Direktoriums des Centralverbandes, der sich an Industrielle, die Arbeiterinnen beschäftigen, gewandt hatte. Danach lehnt ein Teil dieser Industriellen den gesetzlichen Zehnstundentag ab; ein zweiter Teil will ihn nur durch internationale gesetzliche Schritte geregelt wissen; ein dritter Teil will gegen die gesetzliche Regelung nichts einzuwenden, während ein vierter Teil auch vom Zehnstundentag ohne Gesetz nichts wissen will. In der Debatte kamen hauptsächlich Vertreter aus Mittel-, West- und Norddeutschland zum Wort, die an dem Maibeschluß festhalten wollten. Generaldirektor Langen war gegen jede Konzeption und verurteilte das Vorgehen der Augsburger Industriellen, die es bei Lohnaufbesserungen hätten bewenden lassen, aber nicht an der Arbeitsdauer rühren sollen. Generaldirektor Weinling-Dillingen will, daß in solchen Fällen erst der Centralverband angerufen werde, da sonst dessen Ansehen leide. Dr. Dittrich-Plauen muß zugeben, daß die Textilindustriellen nicht mehr so fest wie früher auf dem Elftundentag beständen, vor allem, weil sie sich von der neuen Zollgesetzgebung Vorteile versprächen. Aber die Ungewißheit der wirtschaftlichen Lage rechtfertige das Festhalten am alten Beschlusse. Kommerzienrat Sartorius will der Sozialdemokratie nicht den Triumph des gesetzlichen Zehnstundentages gönnen, verspricht sich aber von der freiwilligen Einführung einen guten Eindruck auf die Arbeiter. Ebenso zieht Kommerzienrat Vogel-Chemnitz die freiwillige Einführung der gesetzlichen Regelung vor, da letztere auf die Saisonarbeit ruinös wirken werde. (Die Herren schwärmen für uneingeschränkte Saisonarbeitszeit und für periodische Aussetzung der Arbeitskräfte!)

Kommerzienrat F u n d e - Hagen vertrat augenscheinlich die gesetzliche Richtung innerhalb des Ausschusses, darauf verweisend, daß in der Kleinindustrie der Zehnstundentag seit mehr als zwei Jahrzehnten bestehe. Dr. Büttner-Augsburg erklärte, daß triftige Gründe äußeren Zwanges den Entschluß der Augsburger veranlaßt hätten, über den leider dem Centralverband nicht vorher berichtet wurde. Durch Lohnerhöhung ohne Arbeitszeitverkürzung hätte sich ein Kampf mit den Arbeitern nicht vermeiden lassen. Die Augsburger Industriellen würden es mit Dank begrüßen, wenn der Centralverband deutscher Industrieller sich für die gesetzliche Einführung des Zehnstundentages erklären würde. Ein prinzipieller Gegensatz zu der in den Fluß gekommenen Zehnstundenbewegung sei in der Praxis nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Dr. Tille-Saarbrücken erklärte, nur die Leistungsfähigkeit dürfe maßgebend für die Herabsetzung der Arbeitszeit sein. Generaldirektor Starke-Chemnitz befürchtete, daß das Augs-

burger Vorgehen den weiteren Ausbau der Arbeitgeberverbände gefährden könne, während Geheimrat Jendke vorausfühlt, daß die „Agitatoren“ diese Vorkommnisse für ihre Zwecke ausnützen und daß die Zehnstundenbewegung, wie jetzt in Schlesien und Sachsen, bald in ganz Deutschland fühlbar werde. Eins sei gewiß: der Zehnstundentag werde auch seinen Weg in die Textilindustrie finden und all-gemein werden. Es frage sich nur, ob man der gesetzlichen Einführung noch länger widerstehen solle. Am Reichstage werde sicher auf diesen Widerstand keine Rücksicht genommen.

Die Zweifel Jendkes vermochten indes nicht, die Herren davon zu überzeugen, daß ihre Position verloren sei, denn sie nahmen schließlich gegen zwei Stimmen folgende Resolution an:

1. Der Centralverband deutscher Industrieller hat sich mit Entschiedenheit gegen jede weitere Verkürzung der gegenwärtig zulässigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen durch Gesetz ausgesprochen, in voller Uebereinstimmung mit allen seinen Mitgliedern, insbesondere mit den Vertretern der Industrien, die weibliche Personen in großem Umfang beschäftigen. 2. Der Centralverband verlangt, daß dem Arbeitgeber im Hinblick auf die Erhaltung seiner Wettbewerbsfähigkeit, auf die wechselnde Geschäftslage und auf die Eigenart seines Betriebes nach wie vor die freie Entschlie-ßung gewahrt bleibe, in den durch die bestehenden Gesetze gezogenen Grenzen, die Arbeitszeit in seinem Betriebe zu bemessen und festzustellen. 3. Der Centralverband hält an diesem Verlangen fest, weil auf diesem Wege im Verlauf der Zeiten die frühere lange Arbeitsdauer auf ein den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entsprechendes Maß zurückgeführt worden ist. 4. In der Ueberzeugung, daß dieser Vorgang sich auch weiter vollziehen wird, erneuert der Centralverband seinen Einspruch gegen jede weitere Einschränkung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen durch Gesetz; er hält daher an seinem von der Versammlung der Delegierten am 5. Mai d. Js. gefaßten Beschlusse fest. 5. Diese Stellungnahme des Centralverbandes kann dadurch nicht in Frage gestellt werden, daß der Kreis der Arbeitgeber sich erweitert, die aus „freier Entschlie-ßung“ zu einer kürzeren als gegenwärtig zulässigen eilftündigen Beschäftigung der weiblichen Personen beziehungsweise zu der zehnstündigen Arbeitszeit überhaupt übergehen, denn der Centralverband hat sich in dem vorerwähnten Beschlusse der Delegiertenversammlung weder für die Beibehaltung der eilftündigen noch gegen die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit ausgesprochen, insofern sie freiwillig von dem Arbeitgeber eingeführt wird.

Die Herren Industriellenverbändler verwerfen also nach wie vor die gesetzliche Regelung, sie ziehen es vor, sich von den Arbeitern jede Stunde Arbeitszeitverkürzung abzwängen zu lassen. Denn daß sie „freiwillig“ nur dem Zwange der Arbeiter weichen, beweist das Beispiel in Augsburg. Schon aber tauschen sich die hervorragendsten Wortführer der Scharfmacher, die Bued, Leidig und Jendke, nicht mehr darüber, daß ihr Widerstand nutzlos ist. Wir sind den Herren nicht gram ob ihres Beschlusses; er wird die gesetzliche Regelung nicht mehr aufhalten, aber die letztere wird für sie nunmehr zum gesetzlichen Zwang werden. Für die Arbeiter enthalten diese Erörterungen das wichtige Zugeständnis, daß selbst die stärksten Unternehmerorganisationen sich dem triftigen zwingenden Einflusse der Gewerkschaften nicht dauernd widersetzen können. Die Gesetzgebung aber möge daraus entnehmen, daß weite Kreise der Unternehmer sich längst mit der gesetzlichen Einführung des allgemeinen Zehnstundentages abgefunden haben und daß es höchste Zeit ist, den stets erneut mit dem Charakter einer Volksbewegung ausbrechenden Kämpfen um den Zehnstundentag durch einen energischen Schritt der Gesetzgebung vorzubeugen.

### „Zuckerbrot“.

Ein neues Wohlfahrtsstück wird aus P o e h n e d berichtet: „Zum 13. Male wurden die Porzelliner von Conta u. Böhme heute, am 18. Oktober (Erinnerung an die Schlacht bei Leipzig und Geburtstag des Stifters Karl Conta), mit dem Abwurf der Stiftung bedacht. 6, 8 und 12 Mk. bekommt der Arbeiter oder die Arbeiterin, welcher, bezw. welche 10, 20 und 30 Jahre ununterbrochen im Geschäft gearbeitet hat. Die 1750 Mk. Zinsen wurden unter zirka 200 Arbeitsleuten verteilt. Fast 3½ Hundert Arbeiter werden beschäftigt. Ein Beweis, daß es auch „Neulinge“ genug gibt.“

12 Mark „Gratifikation“ jährlich nach einer 30jährigen Tätigkeit im Dienste der Firma ist wahrlich eine ganz nette Illustration der Wohlfahrtspolitik des Unternehmertums. Auf die Dauer allerdings werden sich immer weniger Arbeiter finden, die für das Linsengericht der 6, 8 und 12 Mark-Stiftung zur Erinnerung an die Schlacht bei Leipzig ihre Menschenrechte auf Organisation und genügende Bezahlung ihrer Arbeitskraft preisgeben.

### Billige Arbeitskräfte als Kapitalanlage.

In der „Frankfurter Zeitung“ vom 31. Oktober wird im Inseratenteile eine mechanische Spielwarenfabrik zum Kauf offeriert zu dem Preise von 280 000 Mk. Die Fabrik soll nach dem Inserat nach reichlichen Abschreibungen und einer 4prozentigen Verzinsung des Anlagekapitals einen Gewinn von 40 000 Mk. abwerfen. Als weitere Empfehlung wird hervorgehoben:

„Die Fabrik beschäftigt zirka 200 gut geschulte, **durchweg nicht organisierte und billige Arbeitskräfte.**“

Eine bessere Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter und eine klatschendere Ohrfeige für die Unorganisierten kann man sich nicht wünschen. Andererseits wäre nicht uninteressant zu erfahren, wie hoch die Firma diesen Organisationsmangel der Arbeiter in der Verkaufssumme veranschlagt hat.

### Kartelle und Sekretariate.

#### Aus den Kartellen.

Ihre Aufgabe, Bildung und Wissen unter der organisierten Arbeiterschaft zu verbreiten, suchen u. a. auch die Kartelle in Dresden und Mannheim gerecht zu werden. Das Dresdener Kartell geht systematisch vor und beginnt am Sonntag, den 5. November, mit der Abhaltung wissenschaftlicher Unterrichtskurse. Der erste Kursus soll 15 Stunden umfassen und wird vom Genossen Dunder geleitet. Der Unterricht will eine Einführung in die moderne Volkswirtschaft geben. Das Kartell will indessen mehr den Anregungen des Kongresses in Köln betreffend gewerkschaftliche Unterrichtskurse folgen und ist zu diesem Zwecke die Teilnehmerzahl zunächst auf 40 beschränkt worden. Spätere Kurse werden die Gewerkschaftsbewegung, die Sozialreform usw. behandeln, so daß eine eripriehliche Tätigkeit zur Erziehung und Fortbildung der für die Gewerkschafts-, wie für die allgemeine Arbeiterbewegung so nötigen Kräfte von dem Dresdener Kartell in Angriff genommen wird.

In Mannheim ist nach einer andern mehr allgemeinen Richtung hin der Vorstoß gemacht. Das Kartell hat sich hier dem Verein für Volksbildung als Korporation angeschlossen. Auch einzelne Gewerkschaften haben dem Beispiele Folge geleistet. Die Kurse des Fortbildungsvereins stehen den Gewerk-